

A7 A4: GRÜN IST ... DIE ZUKUNFT!

Antragsteller*in: Stefan Rath (KV Dortmund)

Text

- 1 Grün ist ... die Zukunft
- 2 ...wie wir Dortmund mit guter Bildung, nachhaltiger Wirtschaft und einer
- 3 handlungsfähigen Verwaltung zu einer Stadt von morgen machen wollen...
- 4 Inhalt
- 5 1. Kinder und Jugendliche
- 6 1.1 Unterstützung von Kindern und Familien
- 7 1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend
- 8 1.3 Queer dir deine Welt
- 9 1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher
- 10 2. Vorschulische Bildung und Erziehung
- 11 2.1 Ausbau der Betreuungsplätze
- 12 2.2 Qualität in der Betreuung
- 13 2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- 14 3. Schule und Bildung
- 15 3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft
- 16 3.2 Gute Schulen in Dortmund
- 17 3.3 Gerechte Schulen
- 18 4. Wirtschaft und Beschäftigung
- 19 4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün
- 20 4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte
- 21 4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern
- 22 4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden
- 23 4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen
- 24 5. Stadt und Verwaltung
- 25 5.1 Bürger*innen-nahes Dortmund
- 26 5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin
- 27 5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor
- 28 5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfit
- 29 5.5 Faire Kommune
- 30 5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen
- 31 6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung
- 32 1. Kinder und Jugendliche
- 33 Kinder und Jugendliche sind der wichtigste Teil unserer Gesellschaft, sie sind
- 34 unsere Zukunft. Jedes Kind, jeder Jugendliche hat das Recht auf Förderung zur
- 35 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz
- 36 durch Staat und Gesellschaft.
- 37 Gerechte Chancen für alle, Bekämpfung von Armut, Freiräume für eine
- 38 selbstbestimmte Entwicklung, Beteiligungsmöglichkeiten an der gemeinsamen
- 39 Entwicklung unserer Stadt – das stellen wir in den Mittelpunkt unserer Politik
- 40 mit und für Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

41 1.1 Unterstützung von Kindern und Familien

42 Für Kinder und Familien findet der Alltag unter vielfältigen Voraussetzungen
43 statt. In Dortmund ist z. B. jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Armut
44 betroffen oder von Armut bedroht. Kinderarmut geht einher mit einem höheren
45 Gesundheitsrisiko, geringerer Teilhabe sowie geringeren Bildungs- und
46 Zukunftschancen. Jedes Kind hat das Recht auf Teilhabe, auf Dazugehören, auf
47 Bildung, soziale Sicherheit und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Armut
48 steht diesen Rechten oft im Weg: Kinder können ihren Hobbies nicht nachgehen,
49 weil z. B. die Sportausrüstung zu teuer ist. Kinder meiden die Geburtstagsfeier
50 von Freund*innen, weil das Geld für ein Geschenk nicht reicht. Armut ist nicht
51 nur das „sich nicht leisten können“, sondern leider auch viel zu oft das „nicht
52 mitmachen können“.

53 Grün wählen für:

54 Bekämpfung von Kinderarmut

55 Jedes Dritte Kind unter 15 Jahren ist in Dortmund von Armut betroffen oder
56 bedroht. Wir setzen uns dafür ein, diesen unerträglichen Zustand nachhaltig zu
57 verändern. Auf Bundesebene fordern wir die Schaffung einer eigenständigen und
58 angemessenen Kindergrundsicherung, die vorhandene Leistungen bündelt und sie
59 unbürokratisch auszahlt.

60 Ungleiches ungleich behandeln

61 Die Bekämpfung von Armut und insbesondere von Kinderarmut ist und bleibt für uns
62 ein vorrangiges Ziel der Dortmunder Stadtentwicklung. Wir setzen uns ein für
63 eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer (sozialen)
64 Herkunft benachteiligt sind. Wir wollen die sehr unterschiedlichen
65 Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern und angleichen. Dazu ist es
66 unter anderem notwendig, den vorhandenen Zusammenhang zwischen Armut und
67 Bildungsungerechtigkeit aufzubrechen. Das beginnt schon in der Kita und setzt
68 sich in den Schulen fort. Bei der Schaffung von Bildungsgerechtigkeit muss
69 Ungleiches ungleich behandelt werden. Deshalb müssen Gelder und Ressourcen
70 effektiver in den Kitas und Schulen gebündelt werden, in denen sie am
71 dringendsten benötigt werden.

72 Bildungseinrichtungen als Schlüssel für Chancengleichheit

73 Wir wollen mit ausreichend Kita-Plätzen, mit längerem gemeinsamen Lernen sowie
74 mit gebundenen und offenen Ganztagsangeboten in Schulen dazu beitragen, dass
75 alle Kinder und Jugendlichen dieselben Chancen bekommen – unabhängig von ihrer
76 Herkunftsfamilie. Wir wollen zusätzliche Familien mit geringem Einkommen von den
77 Gebühren für Kindertageseinrichtungen befreien.

78 Wir setzen uns außerdem für ein kostenloses Ticket ein, mit dem alle Kinder und
79 Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien Busse
80 und Bahnen in Dortmund nutzen können (mehr dazu in den Programmteilen
81 „Kinderbetreuung“ und „Schule“)

82 Bildungs- und Teilhabepaket – Einführung einer YouCard

83 Vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten nutzen nur dann etwas, wenn sie auch
84 ankommen. Bei den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets war das in den
85 letzten Jahren nicht immer so. In Dortmund sind rund 46.000 Kinder und
86 Jugendliche aus einkommensschwachen Familien anspruchsberechtigt. Bei weitem
87 nicht alle haben die ihnen zustehenden Leistungen aus dem Bildungs- und
88 Teilhabegesetz für Mittagsverpflegung, Schulbedarf, Fahrtkosten, Teilhabe am

89 kulturellen und sozialen Leben oder auch Lernförderung beantragt und bekommen.
90 Das wollen wir ändern. Mit den neuen Regelungen im Starke-Familien-Gesetz werden
91 die Leistungen erhöht und ihr Erhalt erleichtert. Wir wollen die Voraussetzungen
92 dafür schaffen, dass alle anspruchsberechtigten Kinder, Jugendliche und ihre
93 Familien unbürokratisch und ohne Umwege die Gelder erhalten, die ihnen zustehen.
94 Dafür wollen wir auch die Einführung einer YouCard prüfen, mit der die
95 Leistungen aus dem Bildungspaket einfach und unbürokratisch in Anspruch genommen
96 werden können.

97 Familienfreundliche Stadtentwicklung

98 Familie ist da, wo Kinder leben – egal ob mit oder ohne Trauschein, mit gleich-
99 oder verschiedengeschlechtlichen Eltern, als Patchworkfamilie oder
100 Alleinerziehende.
101 Wir setzen uns ein für eine Stadt, in der Familien ihr Leben nach eigenen
102 Vorstellungen gut gestalten können. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, der
103 sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Mit verkehrsberuhigten oder autofreien
104 Zonen, in denen sich Kinder frei bewegen können. Familien brauchen wohnortnahe
105 Kinderbetreuungsplätze, ohne dafür lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen.
106 Familien brauchen Unterstützung auch und gerade in schwierigen Lebenslagen. Wir
107 setzen uns ein für ein Dortmund, in der Familien die Hilfestellungen bekommen,
108 die sie benötigen.

109 Stärkung frühkindlicher Hilfen

110 Wir wollen gute Startchancen für alle Kinder von Anfang an. Deshalb setzen wir
111 uns dafür ein, Kinder so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen.
112 Vorhandene Angebote und Systeme der frühkindlichen Hilfen wollen wir weiter
113 ausbauen und die Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten
114 stärken.

115 1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend

116 Wir Grüne wollen Dortmund nicht für, sondern mit Kindern und Jugendlichen
117 gestalten. Egal ob wahlberechtigt oder nicht: Jede*r in Dortmund soll die Stadt,
118 in der wir alle leben, mitgestalten können. Egal ob Schule, Jugendclub oder
119 Wohnviertel: Kinder und Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht
120 mitzureden.

121 Grün wählen für:

122 Offene Jugendarbeit – Schule öffnen, Selbstverwaltung unterstützen

123 Die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind öffentliche Schutzräume für eine
124 selbstbestimmte Freizeitgestaltung für und von Kindern und Jugendlichen. Wir
125 wollen die Offene Jugendarbeit als bedeutendes Arbeitsfeld außerschulischer
126 Lernerfahrungen stärken und modernisieren. Dabei sollen auch gendersensible
127 Ansätze gestärkt werden. Neben dem Erhalt der vorhandenen Einrichtungen setzen
128 wir uns dafür ein, die Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder-
129 und Jugendarbeit zu prüfen. Damit können sich Schulen zu einem Begegnungs- und
130 kulturellen Lebensort auch außerhalb des unterrichtlichen Lernens
131 weiterentwickeln – auch für Kinder und Jugendliche aus dem Umfeld der Schulen.
132 Da, wo es Bestrebungen nach selbstverwalteten offenen Einrichtungen und Zentren
133 gibt, werden wir sie unterstützen.

134 Erhaltung und Schaffung von Freiräumen - Ausprobieren erwünscht

135 Der öffentliche Raum gehört uns allen, unabhängig von Alter und Einkommen.

136 Insbesondere Jugendliche benötigen nichtkommerzielle Freiräume für ihre
137 kulturellen, kreativen oder sportlichen Aktivitäten oder einfach nur als
138 informelle Treffpunkte, die sie spontan nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass
139 es entsprechende Freiräume und Flächen in jedem Stadtteil gibt, auf denen sich
140 Jugendliche mit ihren kulturellen, musischen oder sportlichen Aktivitäten
141 ausprobieren können. Das betrifft auch Proberäume für junge Bands. Gerade bei
142 informellen Treffpunkten von Jugendlichen setzen wir bei Konflikten, die aus
143 unterschiedlichen Bedürfnissen – gerade von jungen Menschen gegenüber älteren –
144 entstehen, auf Dialog und Kompromisse anstatt auf Verbote.

145 Mitbestimmung von Anfang an – Jugendforen und Jugendparlament
146 Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der
147 Entwicklung unserer Stadt. Denn nur, wer früh ernst genommen wird und spürt,
148 dass man Dinge selbst verändern kann, lernt von Beginn an Demokratie. Wir setzen
149 uns deshalb dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die
150 sie betreffen, beteiligt werden. Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen
151 können sie am besten dann äußern, wenn sie an allen Orten ihres Aufwachsens
152 mitbestimmen können. Das betrifft ihr tägliches Lebensumfeld in Kitas und
153 Schulen. Das betrifft aber auch Fragen von Stadtplanung und Stadtentwicklung,
154 von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, Spielplätzen, kulturellen Angeboten,
155 informellen Treffpunkten, Freiräumen oder auch Mobilität. Die stadtweiten
156 Jugendforen sind dabei ein gutes und bewährtes Instrument. Sie bieten in jedem
157 Stadtteil eine offene Beteiligungsmöglichkeit zu allen Fragen des Stadtteils,
158 des Stadtbezirks und der gesamten Stadt. Es muss sichergestellt werden, dass
159 möglichst viele Kinder und Jugendliche diese Möglichkeit nutzen können. Dazu
160 braucht es professionelle Unterstützung. Darüber hinaus wollen wir die
161 Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen.

162 Beteiligung am Kinder- und Jugendförderplan
163 Der bisherige Kinder- und Jugendförderplan wird für die Jahre 2021-2025
164 fortgeschrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen eines weitreichenden
165 Beteiligungsverfahrens Kinder und Jugendliche an der Erstellung beteiligt
166 werden. Das betrifft insbesondere die Schwerpunktsetzung des Förderplans für die
167 kommenden Jahre. Um Integration erfolgreich zu gestalten, gehört dabei auch die
168 Situation der vielen neu zugewanderten jungen Menschen und ihrer Familien in den
169 Fokus der Kinder- und Jugendförderplanung. Wichtig ist uns auch die
170 Berücksichtigung genderspezifischer Angebote.

171 1.3 Queer dir deine Welt

172 Für viele Menschen ist die Tatsache, dass andere nicht heterosexuell sind, immer
173 noch nicht normal. Die sexuelle Identität darf aber kein Grund sein, Menschen
174 auszugrenzen, sie zu benachteiligen oder sogar anzugreifen. Gerade das Coming-
175 out, das oft während der Jugend stattfindet, ist dabei eine große
176 Herausforderung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere
177 Jugendliche.

178 Grün wählen für:

179 Akzeptanz und Gleichstellung aller sexuellen Identitäten von Kindern und
180 Jugendlichen
181 Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen sexuellen Identitäten von
182 Jugendlichen akzeptiert werden und gleichgestellt sind, dass jede Person in
183 ihrer individuellen Entwicklung bestärkt wird. Wir unterstützen das Projekt

184 SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für junge Lesben, Schwule, bi-, pan-
185 und asexuelle, queere, trans*, inter* und nonbinary Menschen. Auch Schule und
186 Jugendarbeit sind gefordert, dabei uneingeschränkte Unterstützung zu leisten.
187 Wir setzen uns für eine dauerhafte Förderung des SCHLAU-Projekts ein, mit dem
188 Schulen und Jugendeinrichtungen besucht werden, um Workshops zum Thema sexuelle
189 und geschlechtliche Vielfalt durchzuführen.

190 Gendergerechte Jugendarbeit stärken
191 Wir wollen, dass gendergerechte Jugendarbeit gestärkt wird. Die Interessen von
192 Mädchen drohen oftmals in der Jugendpolitik und Jugendarbeit übersehen zu
193 werden. Wir wollen Mädchen mit ihren spezifischen Interessen und ihren
194 Bedürfnissen sichtbar machen und ernst nehmen und setzen uns dafür ein,
195 Freiräume zu schaffen, in denen sie ihre eigenen Stärken und Fertigkeiten
196 entwickeln können. Wir unterstützen das Dortmunder Mädchen Netzwerk als
197 kommunales Bündnis für die Belange und Bedürfnisse von Mädchen und jungen
198 Frauen.

199 Auch die spezifischen Bedürfnisse von Jungen sollen in der Jugendarbeit
200 Beachtung finden: Oft fehlen positive Rollenbilder abseits traditioneller
201 Männlichkeitsbilder, die Jungen Orientierung bieten können. Traditionelle
202 Männlichkeitsbilder setzen Jungen unter Druck, reproduzieren klassische
203 Rollenverteilungen und drängen Jungen und Männer zu einem riskanteren
204 Lebensstil.

205 1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher

206 Wir Grüne wollen eine gut ausgestattete Jugendhilfe, die junge Menschen – und
207 auch die jungen Volljährigen – beim Aufwachsen unterstützt.

208 Grün wählen für:

209 Gute Ausstattung von Streetwork
210 Die Zahl junger Menschen ohne festen Wohnsitz steigt. Wir wollen die
211 Unterstützungsangebote für sie ausweiten. Dazu zählt auch ein konzeptionell und
212 personell gut ausgestattete Streetwork für den Kontakt direkt vor Ort. Auch das
213 bis 2021 laufende Projekt „Rampe II“ im Stadtbezirk Hörde, das sich als Projekt
214 der aufsuchenden Jugendarbeit insbesondere an Jugendliche im Stadtteil richtet,
215 die durch soziale Probleme in ihrer Entwicklung gefährdet sind, wollen wir in
216 ein gesamtstädtisches Streetwork-Konzept aufnehmen.

217 Langfristige Unterstützung für Care-Leaver
218 Jugendliche scheiden mit 18 Jahren aus der Jugendhilfe aus. Viele, die vorher
219 eine Unterstützung des Jugendamtes erhalten haben, bekommen sie danach nicht
220 mehr, benötigen sie aber dringend – sei es bei der Wohnungssuche, bei der Suche
221 nach einer Ausbildung oder einem Beruf oder bei alltäglichen Problemen. Wie
222 andere Jugendliche auch sind sie oft mit 18 Jahren noch nicht gut vorbereitet
223 für ein eigenständiges Leben. Wir setzen uns dafür ein, dass solche „Care-
224 Leaver“ auch nach der Beendigung der Jugendhilfe weiter pädagogisch unterstützt
225 werden und sich selbst organisieren können.

226 Verhindern von Radikalisierung junger Menschen
227 Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen nicht in menschenverachtende und
228 gewaltverherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder
229 islamistisch. Das gelingt nur durch eine Kultur des Hinschauens. Mit einer
230 Präventionsstrategie wollen wir Radikalisierung von Anfang an verhindern. Diese

231 muss sich mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen junger Menschen
232 beschäftigen und Barrieren, die einer gleichberechtigten Teilhabe im Weg stehen,
233 beseitigen. Um den Nährboden für Radikalisierung trocken zu legen, braucht es
234 eine starke Kinder- und Jugendhilfe und gute Schulen, die Vielfalt und
235 Beteiligung leben. Vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir
236 erhalten und ausbauen.

237 2.Vorschulische Bildung und Erziehung

238 Dortmund wächst. In den letzten Jahren ist die Zahl neugeborener Kinder
239 gestiegen. Auch durch den Zuzug von Zuwander*innen und ihren Familien leben
240 viele zusätzliche Kinder in unserer Stadt. Das freut uns. Laut einer Prognose
241 des Deutschen Jugendinstituts wird die Zahl der Kinder unter drei Jahren in
242 Dortmund weiter steigen – im Jahr 2025 laut Prognose auf über 19.000. Das hat
243 Auswirkungen auf die notwendigen Betreuungsmöglichkeiten bis zur Schulpflicht.
244 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder in Dortmund dieselben guten
245 Startchancen für ihr Leben haben – unabhängig von ihrer sozialen oder sonstigen
246 Herkunft. Gleichzeitig ist jedes Kind einzigartig und hat von Anfang an ein
247 Recht auf die bestmögliche individuelle Förderung. Qualitativ gute,
248 verlässliche, ausreichende und finanzierbare bzw. möglichst kostenfreie
249 Betreuungsmöglichkeiten sind dabei ein wichtiger Schlüssel. Trotz der großen
250 Ausbaubemühungen der letzten Jahre und aktuell reichen die geschaffenen Plätze
251 in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege derzeit nicht aus.

252 2.1 Ausbau der Betreuungsplätze

253 Für jedes Kind muss bei Bedarf ein qualitativ guter Betreuungsplatz in einer
254 Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege zur Verfügung stehen.
255 Insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gibt es trotz aller
256 bisherigen Bemühungen weiterhin großen Handlungsbedarf. Die bisher geplante
257 Anzahl von Betreuungsplätzen für 41 Prozent der unter Dreijährigen reicht für
258 die steigende Zahl von Kindern einerseits und die Bedürfnisse vieler Eltern
259 andererseits nicht aus.

260 Grün wählen für:

261 Ausbau qualitativ guter Betreuungsplätze

262 Das Betreuungsangebot muss gerade für unter dreijährige Kinder deutlich und
263 schnell ausgeweitet werden. Beim Ausbau sind vorrangig die Stadtbezirke mit den
264 aktuell niedrigsten Versorgungsquoten zu berücksichtigen.

265 Insbesondere für Kinder von drei Jahren bis zur Schulpflicht muss
266 schnellstmöglich in allen Bezirken eine 100-prozentige Versorgung mit Plätzen
267 gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder mit Behinderung
268 oder von Behinderung bedrohte Kinder auch weiterhin ausreichend Plätze in den
269 Dortmunder Tageseinrichtungen zur Verfügung stehen.

270 Ausweitung der Betreuungszeiten

271 Ob alleinerziehend, berufstätig oder durch flexiblere Arbeitszeiten – die
272 Lebensrealität vieler Familien und Eltern hat sich in den letzten Jahren aus
273 vielen Gründen gravierend verändert. Das hat auch Auswirkungen auf zeitliche
274 Abläufe und Strukturen und damit auch auf Ansprüche an die Kinderbetreuung.
275 Feste Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen werden dem nicht mehr
276 gerecht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Betreuungszeiten in Kitas
277 und Tagespflege weiter ausgeweitet und flexibler werden.

278 Ausbau von Familienzentren
279 Aktuell gibt es in Dortmund 88 Kindertagesstätten, die als Familienzentren
280 zertifiziert sind, sowie fünf weitere Einrichtungen, die sich in der
281 Zertifizierungsphase befinden. Familienzentren sollen Eltern den Zugang zu
282 niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten erleichtern und insbesondere in einem
283 Quartier mit besonderen sozialen Problemlagen dazu beitragen, die
284 gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Familien zu fördern und damit einen
285 Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, die
286 Zahl der Familienzentren weiter auszubauen.

287 Ausbau von Kinderstuben
288 Kinderstuben sind Großpflegestellen, in denen höchstens neun Kinder von drei
289 Tagespflegepersonen betreut werden. Der pädagogische Schwerpunkt liegt dabei in
290 den Bereichen Sprachbildung und Bewegung und soll die Kinder auf den Übergang in
291 die Kindertagesstätte vorbereiten. Gleichzeitig bieten die Kinderstuben ein
292 niederschwelliges Angebot für Eltern und ermöglichen insbesondere für
293 Bevölkerungsgruppen mit besonderen Zugangsschwierigkeiten einen leichten
294 Einstieg in das Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem. Wir wollen die Zahl
295 der Kinderstuben insbesondere in den Aktionsräumen Soziale Stadt weiter
296 ausbauen.

297 Kostenfreie Kitas als langfristiges Ziel
298 Unser grundsätzliches Ziel ist eine kostenfreie Betreuung in
299 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege – so wie beim Schulbesuch. Hier steht
300 die Landesregierung in der finanziellen Verantwortung. Es reicht nicht aus, dass
301 durch das Land nur die letzten beiden Kitajahre kostenfrei gestellt werden.
302 Solange es die generelle Kostenbefreiung durch das Land nicht gibt, fordern wir
303 statt der aktuell von Stadt zu Stadt unterschiedlichen Elternbeiträge eine
304 landesweit einheitliche bemessen.
305 Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der städtischen Beitragsatzung
306 die Einkommensgrenze Stück für Stück angehoben wird. Damit können zusätzlich
307 mehr einkommenschwache Eltern als bisher beitragsfrei gestellt werden. Eine
308 Reduktion des Elternbeitrages darf allerdings nicht auf Kosten einer
309 Verbesserung der Qualität und des dringend benötigten Ausbaus von Kita- und
310 Kindertagespflegeplätzen passieren.

311 Trägervielfalt beim Ausbau
312 Wir wollen beim weiteren Ausbau von Kindertageseinrichtungen an der bewährten
313 Dortmunder Trägervielfalt festhalten und sie ausbauen. Das betrifft insbesondere
314 auch die Unterstützung von Elterninitiativen. Dabei sollte der Anteil der
315 städtischen FABIDO-Einrichtungen an den gesamtstädtischen Betreuungsplätzen
316 mindestens 30 Prozent betragen. Eine solche Trägerstruktur schafft für alle
317 Eltern die Möglichkeit, eine geeignete Einrichtung ihrer Wahl zu suchen.
318 Städtische Grundstücke für den Bau neuer Tageseinrichtungen wollen wir möglichst
319 in Erbpacht an Investoren vergeben. Die Vermietung darf anschließend nur an
320 gemeinnützige, nicht-gewinnorientierte freie Träger oder an den städtischen
321 Träger FABIDO erfolgen. Eine qualitativ gute Kinderbetreuung ist vorrangig eine
322 gesellschaftliche Aufgabe und kein Geschäft. Sie darf nicht vom Geldbeutel der
323 Eltern abhängig sein. Die Errichtung und den Betrieb privater Tageseinrichtungen
324 sehen wir deshalb kritisch. Zusätzliche erhobene Elternbeiträge lehnen wir ab.
325 Bei Aus- und Aufbau von Kitas ist darauf zu achten, dass insbesondere die
326 Bedürfnisse von kleineren Kindern (U2) berücksichtigt werden.

327 Transparente und leichte Anmeldung
328 Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Betreuungsangeboten transparenter
329 und leichter wird. Erstmals konnte für die Anmeldung zum Kindergartenjahr
330 2020/21 das digitale Anmeldeverfahren des KITA Plus-Portals genutzt werden. Wir
331 wollen das Verfahren evaluieren und weiterentwickeln, insbesondere auch im
332 Hinblick auf die Vergabe von Plätzen in der Kindertagespflege. Das Kita-Portal
333 muss für Familien zu einer spürbaren Erleichterung bei der Suche nach einem
334 Betreuungsplatz führen.

335 2.2 Qualität in der Betreuung

336 In Kitas und anderen Einrichtungen geht es nicht nur um Betreuung, sondern auch
337 um Bildung. An diesem Anspruch orientiert muss jede Einrichtung ausgestattet und
338 ausgestattet werden. Wie wollen eine kindgerechte Bildung von Anfang an.
339 Frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Schlüssel zu Teilhabe und
340 Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Je früher ein Kind Zugangschancen zu
341 Bildung erhält, desto weniger wirkt sich der Zusammenhang zwischen Herkunft und
342 Bildungserfolg aus. Diesem Anspruch muss die Ausstattung unserer
343 Kindertageseinrichtungen als frühkindliche Bildungseinrichtungen gerecht werden.

344 Grün wählen für:

345 Kindergerechte Bildung von Anfang an
346 Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Betreuung in den Einrichtungen
347 mit der verbindlichen Umsetzung pädagogischer Qualitätskriterien ein. Kitas an
348 sozialräumlichen Standorten mit besonderem Bedarf benötigen eine zusätzliche
349 Ausstattung an Personal. Wir setzen uns dafür ein, kulturelle Angebote in den
350 Einrichtungen auszubauen.
351 Wir wollen die interkulturelle Ausrichtung der Kindertagesbetreuung und die
352 Sprachbildung zum Nutzen aller Kinder stärken und fördern.

353 Bewegung in die Kita
354 Unseren Kindertageseinrichtungen kommt eine besondere Bedeutung bei der
355 Förderung einer gesunden Entwicklung und ausreichenden Bewegung von Kindern zu.
356 Immer mehr Kinder leiden an Haltungsschäden, Übergewicht, Koordinationsstörungen
357 und Beeinträchtigungen der Wahrnehmungsfähigkeit. Bewegung muss deshalb
358 selbstverständlicher Teil der Arbeit in Kitas sein.
359 Schon jetzt wird der Bewegungsförderung in den Kindertagesstätten eine große
360 Bedeutung beigemessen, einige verstehen sich explizit als Bewegungskitas. Der
361 Landesportbund verleiht das Gütesiegel „Anerkannter Bewegungskindergarten“ an
362 Kitas, die gezielt mit örtlichen Sportvereinen zusammenarbeiten. Wir wollen die
363 Bedingungen dafür verbessern und den Anteil von Bewegungskitas ausbauen. Wir
364 setzen uns dafür ein, dass Kitas über eigene Bewegungsräume verfügen und die
365 Kooperationen mit Sportvereinen ausgebaut und intensiviert werden.

366 Gesunde KITA – gesundes Essen
367 Immer mehr Kinder bleiben tagsüber immer länger in ihren Kitas. Ein frisches
368 gesundes, abwechslungsreiches und frisches Essen gehört für uns mit dazu – mit
369 Lebensmitteln überwiegend aus der Region und bio. Das haben wir für die
370 städtischen Kitas bereits vor Jahren beantragt. Wir unterstützen, dass für die
371 Verpflegung in allen Kitas das „optiMIX“-Gütesiegel des Forschungsinstitutes für
372 Kinderernährung angewendet wird.
373 Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Einrichtungen über eigene Küchen
374 verfügen, in denen die Mahlzeiten frisch zubereitet und die Kinder daran

375 beteiligt werden können. Damit wollen wir schon Kinder für eine gesunde und
376 abwechslungsreiche Ernährung begeistern. Für Neubauten von
377 Kindertageseinrichtungen sind ausreichend ausgestattete Küchen fest einzuplanen.
378 Bei Bestandseinrichtungen wollen wir durch An- und Umbauten vorhandene Küchen
379 optimieren und Gruppenküchen einrichten.

380 Waldkitas, Faire Kitas und Bildung für nachhaltige Entwicklung
381 Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder schon im frühen Alter mit der Natur in
382 Kontakt kommen. Das ist gut für die Gesundheit und stärkt die Verbindung mit der
383 Natur. Wir wollen deshalb die Gründung von Waldkitas fördern.
384 Neben Grundwerten und Fähigkeiten lernen Kinder in der Kita vor allem, dass sie
385 gestalten können und ihre Handlungen Auswirkungen auf andere und ihre Umgebung
386 haben. Dieser Gedanke wird in den Grundsätzen der Bildung für nachhaltige
387 Entwicklung (BNE) aufgegriffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Aspekt der
388 Nachhaltigkeit schon in der Arbeit der Kitas verankert wird. Bis 2021 werden
389 sich bereits alle städtischen Tageseinrichtungen zu „Fairen Kitas“ zertifizieren
390 lassen.

391 Guter Übergang von der Kita in die Schulen
392 Der Übergang von Kita und Tagespflege in das erste Schuljahr ist für viele
393 Kinder und Eltern ein gravierender Schritt. Mit einer engen Kooperation der
394 Einrichtungen soll der Übergang erleichtert und verbessert werden. Das betrifft
395 insbesondere auch die Zeit zwischen dem letzten Tag in der Kita und dem ersten
396 Schultag. Diese mehreren Wochen der Sommerferien ohne reguläres
397 Betreuungsangebot stellen viele Eltern vor große organisatorische Probleme. Wir
398 setzen uns für die Schaffung eines koordinierten Übergangsmangements zwischen
399 Kitas und Schulen ein, in das auch Betreuungsmöglichkeiten durch Kitas und
400 Schulen einbezogen werden.

401 2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

402 Die Arbeit in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen steht und fällt – sowohl
403 qualitativ, als auch quantitativ – mit den Menschen, die dort arbeiten. Sie
404 verdienen Respekt für ihre Arbeit.
405 Mit diesem Grundsatz wollen wir in Dortmund Politik im Bereich Kinderbetreuung
406 machen.

407 Grün wählen für:

408 Aufwertung von Bildungs- und Betreuungsarbeit
409 Die Ansprüche an die Betreuungs- und Bildungsarbeit in Tageseinrichtungen und
410 Kindertagespflege und damit auch an die Beschäftigten steigen. Wir setzen uns
411 für eine gerechte und faire Entlohnung und vermehrte Investitionen in die
412 Ausbildung von Erzieher*innen ein. Auch dadurch soll die Betreuungsarbeit in
413 Kitas und Tagespflege aufgewertet und attraktiver werden. Um den Anteil der
414 männlichen Erziehenden in den Kitas zu steigern, setzen wir uns für die
415 Entwicklung eines Konzeptes ein, das für pädagogische Berufe wirbt. Die
416 praxisintegrierte Ausbildung wollen wir weiter ausbauen. Gendersensible
417 Erziehung soll weiter gefördert werden.

418 Sozialarbeit in Kindertageseinrichtungen
419 Wir wollen besonders benachteiligte Kinder und Familien schon in den
420 Kindertageseinrichtungen frühzeitig erreichen und begleiten. Neben den schon
421 vorhandenen Strukturen kann insbesondere Sozialarbeit in Kitas effektiv dazu

422 beitragen. Damit sollen Kindern schon im Kindergartenalltag gute
423 Teilhabeperspektiven geboten, familiäre und soziale Notlagen frühzeitig erkannt
424 sowie Kompetenzen von Kindern und ihren Familien gefördert und gestärkt werden.
425 Wir setzen uns deshalb dafür ein, zunächst in bestimmten Stadtteilen feste
426 Stellen für Sozialarbeiter*innen in Kindertageseinrichtungen einzurichten und
427 damit ein zusätzliches Unterstützungsangebot für Familien mit Kindern von der
428 Geburt bis zum Schuleintritt zu schaffen.

429 3. Schule und Bildung

430 Dortmund ist ein vielfältiger Bildungsstandort. In unserer Stadt gibt es über
431 150 Schulen aller Schulformen in öffentlicher sowie 26 Schulen in freier
432 Trägerschaft. Wir wollen unsere Schulen weiter stärken, verbessern und gerechter
433 machen.
434 Denn die Zukunftsperspektiven unserer Kinder sind uns GRÜNEN ein
435 Herzensanliegen. Ihre gemeinsame Bildung in gut ausgestatteten Schulen ist ein
436 Schlüssel, um ihnen ein freies, erfolgreiches, erfülltes, sicheres und
437 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zu einer solidarischen
438 gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Wir wollen ein Bildungssystem, das
439 Kindern Geborgenheit, Selbstvertrauen und Sicherheit gibt. Wir setzen uns dafür
440 ein, dass jedes einzelne Kind unabhängig von seinen Startvoraussetzungen
441 bestmöglich gefördert wird und seine Potenziale entfalten kann. Ein gutes
442 Bildungssystem muss deshalb für uns immer auch ein gerechtes Bildungssystem mit
443 realen Chancen für alle sein.

444 3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft

445 Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte,
446 sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen
447 muss.

448 Grün wählen für:

449 Ausbau und Sanierung unserer Schulen

450 Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte,
451 sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen
452 muss. Wir wollen die bestmöglichen Schulen, barrierefrei mit ausreichendem
453 Platz, mit einer zeitgemäßen und modernen technischen Ausstattung für
454 Schüler*innen und Lehrer*innen, mit einer Mensa für die Verpflegung bei
455 Ganztagsangeboten, mit sauberen Toiletten, mit eigenen Schulgärten, mit Platz
456 zum Spielen, Toben und Abhängen.

457 In den letzten Jahren sind zusätzlich 4.000 Schüler*innen an den Dortmunder
458 Schulen aufgenommen worden. Und die Zahlen werden absehbar weiter steigen.
459 Geplant sind deshalb in den kommenden Jahren Investitionen von rund 880
460 Millionen Euro für Neu- und Ausbauten sowie für Sanierungen. Wir wollen, dass
461 alle Schulformen davon möglichst schnell und zielgerichtet profitieren. Das
462 wollen wir mit einem Sonderbudget Schulbau sicherstellen.

463 Grundschulen ausbauen und zu Familienzentren weiterentwickeln

464 Die Grundschulen sind das Fundament der Schulbildung unserer Kinder. Sie
465 verdienen deshalb unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung. Die Anzahl
466 der Schüler*innen an den Grundschulen wird in den kommenden Jahren um ca. 3.000
467 auf dann 25.500 steigen.

468 In fast allen Stadtbezirken steigt der Bedarf an Schulplätzen stark an. Wir

469 setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Neu- und Ausbauten kontinuierlich und
470 schnellstmöglich realisiert werden. Alle vorhandenen Grundschulstandorte sind
471 vor dem Hintergrund der steigenden Kinderzahl zu erhalten. Bei Planungen von
472 Neubaugebieten ist die Notwendigkeit neuer Schulen bzw. des Anbaus vorhandener
473 Schulen zu berücksichtigen. Die Schulentwicklungsplanung muss kontinuierlich und
474 zeitnah fortgeschrieben werden.

475 Wir wollen unsere Grundschulen zu Familienzentren weiterentwickeln. Damit soll
476 die bewährte Arbeit der Familienzentren in Kindertageseinrichtungen auf die
477 Grundschulen ausgeweitet werden. Das erleichtert Eltern den Zugang zu
478 niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten, holt verschiedene Akteure aus dem
479 Stadtteil in die Schulen und stärkt präventive Netzwerke. Dazu braucht es auch
480 ein gutes und koordiniertes Übergangsmanagement zwischen Kitas und Grundschulen.

481 Starke weiterführenden Schulen und längeres gemeinsames Lernen
482 Die steigende Zahl der Schüler*innen an den Primarstufen hat auch Auswirkungen
483 auf unsere weiterführenden Schulen. Sowohl bei den Gymnasien als auch bei den
484 Gesamtschulen besteht akuter Handlungsbedarf, das zeigen die Anmeldezahlen der
485 letzten Jahre.

486 Im gemeinsamen Lernen liegt die Zukunft. Auch in Dortmund wählen immer mehr
487 Eltern aus diesem Grund die Gesamtschulen für ihre Kinder. Das begrüßen und
488 unterstützen wir. Seit Jahren reichen gesamtstädtisch die Plätze allerdings
489 nicht aus, perspektivisch fehlen mehrere hundert Plätze. Die bereits
490 beschlossenen Erweiterungen an drei Gesamtschulen sowie die Umwandlung der
491 Reinoldi-Sekundarschule in Westerfilde in eine Gesamtschule können nur ein
492 erster Schritt sein, um die fehlenden Kapazitäten zu schaffen. Wir setzen uns
493 bei einem weiteren Anstieg der Nachfrage für eine zusätzliche neue Gesamtschule
494 ein.

495 Auch bei den Gymnasien steigen die Anmeldezahlen. Zusätzlich führt die
496 begrüßenswerte Rückkehr zu G9 stadtwweit zu zusätzlichem Raumbedarf. Notwendig
497 ist deshalb ein Ausbau der Kapazitäten der vorhandenen Gymnasien sowie eventuell
498 die Errichtung einer zusätzlichen Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass noch
499 vorhandene Schulcontainer schnellstmöglich durch die notwendigen Ausbauten der
500 Gymnasien ersetzt werden. Dabei ist zum Ausbau der Ganztagsangebote auch der Bau
501 notwendiger Mensen zu berücksichtigen.

502 Auf dem Weg hin zu einem inklusiven Bildungssystem brauchen wir bis auf weiteres
503 auch die Unterstützung durch Förderschulen. Eltern, die sich für ihre Kinder für
504 eine Förderschule entscheiden, müssen dazu ausreichende Möglichkeiten haben. Vor
505 dem Hintergrund der prognostizierten Steigerung der Kinderzahlen ist bei den
506 Förderschulen kontinuierlich der Bedarf an Schulplätzen zu überprüfen.

507 Wir wollen unsere acht städtischen Berufskollegs weiter stärken. Sie nehmen
508 verschiedene Aufgaben im Bildungssystem wahr und sind unverzichtbar bei der
509 dualen Ausbildung. Berufskollegs bieten die Möglichkeit nachholender
510 Schulabschlüsse bis hin zu Abitur und Fachabitur, sind wichtig als Fachschulen,
511 sorgen für Orientierung und Ausbildungsreife, leisten wertvolle Arbeit bei
512 Integration und Inklusion. Wir setzen uns dafür ein, die Entwicklungsplanung der
513 Berufskollegs kontinuierlich fortzuschreiben und die Weiterentwicklung zu
514 Regionalen Berufsbildungszentren zu prüfen. Ähnlich wie für die Sekundarstufe I
515 wollen wir ein Übergangsmontoring für die Übergänge aus Berufskollegs,
516 Gesamtschulen und Gymnasien entwickeln.

517 Ausweitung qualitativ hochwertiger Ganztagsangebote

518 Wir setzen uns dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz

519 in den Grundschulen und den Sekundarstufen der weiterführenden Schulen in
520 Dortmund möglichst zügig umgesetzt wird, um schon vor 2025 alle Kinder mit
521 Bedarf versorgen zu können.

522 Jedes Kind soll bei Bedarf einen Ganztagsplatz in seiner Schule erhalten – in
523 einer gebundenen Ganztagschule oder im Offenen Ganztage. Dabei wollen wir die
524 klassische Trennung zwischen Unterricht und anschließender Betreuung an den
525 Schulen durchbrechen. Das gilt für die Inhalte und die Teamarbeit mit
526 multiprofessionellen Fachkräften ebenso wie für ein gemeinsames Raumkonzept.
527 Eine gute, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung nach dem Unterricht
528 ist nicht nur familienfreundlich, sondern bietet auch Raum für gemeinsames
529 formelles und informelles Lernen. Im Ganztage können sich Kinder erproben, ihre
530 Kreativität entwickeln und erleben. Wir setzen uns dafür ein, dass die
531 Ganztagsangebote grundsätzlich kostenlos angeboten werden.

532 Eine gebundene Ganztagschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk
533 In Dortmund sind momentan 14 Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie
534 alle neun Gesamtschulen gebundene Ganztagschulen, in denen alle Schüler*innen
535 verbindlich an den Ganztagsangeboten teilnehmen. Wir wollen die Zahl dieser
536 Schulen bedarfsgerecht und in partizipativen Prozessen ausweiten. Ein erstes
537 Ziel ist eine gebundene Ganztagschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk.

538 Schneller Ausbau der OGS-Plätze

539 Auch die Plätze im Offenen Ganztage (OGS) wollen wir massiv ausbauen – an den
540 Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen für die Schüler*innen der
541 Sekundarstufe I. Stadtweit stehen nur für etwas mehr als 50 Prozent der
542 Grundschüler*innen OGS-Plätze zur Verfügung. Die aktuellen Planungen sehen einen
543 Ausbau bis 2022/23 auf dann ca. 15.000 Plätze vor. Gleichzeitig steigt stadtweit
544 die Zahl der Kinder weiter stark an, der Bedarf vieler Eltern für einen OGS-
545 Platz wächst. Die Ausbauplanungen müssen deshalb beschleunigt und erweitert
546 werden. Dabei sind für den Ganztage neben notwendigen Um- und Anbauten auch die
547 bereits vorhandenen Schulräume in den Schulen zu nutzen. Allein mit kommunalen
548 Mitteln ist das nicht zu schaffen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die
549 Bundesregierung neben dem notwendigen Ausbau auch die Betriebskosten über die
550 Länder bedarfsdeckend finanziert.

551 3.2 Gute Schulen in Dortmund

552 Wir wollen eine schulische Bildung, die Kindern Selbstvertrauen, Sicherheit und
553 Geborgenheit, gibt. Bildung muss die Freude am Lernen, die jedes Kind mitbringt,
554 erhalten und fördern. Unser Verständnis von Leistung ist: Jedes Kind wird nach
555 seinen individuellen Stärken gefordert und gefördert. Nur so kann es sich in
556 einem anregenden und geschützten Rahmen entfalten und Leistung erbringen kann.
557 Wir wollen dafür in Dortmund die Rahmenbedingungen schaffen.

558 Grün wählen für:

559 Digitale Bildung in unseren Schulen

560 Die Digitalisierung verändert massiv die Art und Weise, wie wir leben, lernen
561 und arbeiten. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der digitale
562 Medien und das Internet gewöhnlich und jederzeit verfügbar sind. Dies erfordert
563 neues Wissen, vor allem aber neue Kompetenzen.
564 Dazu zählen für uns nicht nur die Technik des Programmierens, sondern auch die
565 Beschäftigung mit Risiken, Funktionsweisen und Chancen sowie eine umfassende
566 Medienkompetenz. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Schulen dafür bestmöglich

567 ausgerüstet sind. Entscheidend sind dabei nicht nur eine funktionierende
568 Hardware, sondern insbesondere die Unterstützung durch medienpädagogisches
569 Fachpersonal und die kontinuierliche Weiterbildung von Lehrer*innen. Die für die
570 Dortmunder Schulen durch den Digitalpakt Schule zur Verfügung stehenden
571 finanziellen Mittel sind vollständig und fristgerecht für die Ausstattung mit
572 digitaler Präsentationstechnik sowie für digitale Arbeitsgeräte und Tablets zu
573 verwenden. Der städtische Masterplan „Digitale Bildung“ ist unter Beteiligung
574 aller relevanten Akteur*innen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

575 Inklusive Schulen

576 Die größtmögliche Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben – dafür
577 steht der Grundgedanke der Inklusion. Das gilt auch für den Zugang zu Bildung.
578 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Kinder an allen Schulen und allen
579 Schulformen willkommen sind. Wir stehen für das Recht auf die bestmögliche
580 soziale und schulische Entwicklung aller Schüler*innen, für ein inklusives
581 Schulsystem, für gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und
582 ohne Beeinträchtigungen.
583 Am Gemeinsamen Lernen an den allgemeinbildenden Schulen in Dortmund nehmen
584 momentan ca. 2.400 Schüler*innen mit Förderbedarf teil. Wir wollen durch die
585 Schaffung guter Rahmenbedingungen Eltern, Lehrer*innen und Kinder zur Teilnahme
586 am gemeinsamen Unterricht ermutigen. Insbesondere die Gymnasien wollen wir
587 ermuntern, sich für das Gemeinsame Lernen zu öffnen.
588 Für einen Ausbau des gemeinsamen Lernens muss das Land die Lehrkräfte für
589 sonderpädagogische Förderung an den Schulen zur Verfügung stellen. Wir setzen
590 uns dafür ein, dass die benötigten räumlichen Voraussetzungen für ein
591 gemeinsames Lernen geschaffen werden. Unsere Schulen sind dabei grundsätzlich
592 barrierefrei zu gestalten bis hin zur Raumausstattung und -gestaltung.

593 Kostenloses Ticket für alle Schüler*innen

594 Der Zugang zu Bildung und Teilhabe darf nicht durch Mobilitätsschranken
595 erschwert werden. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu einer
596 umweltfreundlichen Mobilität mit Bussen und Bahnen erleichtern, sie dafür
597 begeistern – und das möglichst kostenlos. Das sehen wir auch als ersten Schritt
598 auf dem Weg zu einem grundsätzlich kostenlosen ÖPNV. Das Schokoticket für
599 Schüler*innen ist aktuell an Voraussetzungen geknüpft, die nicht alle Kinder
600 erfüllen. Das liegt vor allem an der Entfernung zur jeweiligen Schule.
601 Insbesondere Familien mit geringen Einkommen, die keine Transferleistungen
602 beziehen, sowie nicht anspruchsberechtigte kinderreiche Familien sind zusätzlich
603 benachteiligt.
604 Daher wollen wir stufenweise allen Schüler*innen und Azubis die kostenlose
605 Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

606 Gesunde und naturnahe Schulen

607 Gute Schule heißt für uns auch: Gesunde Schule. Das betrifft insbesondere die
608 Mittagsversorgung in Schulen mit einem Ganztagsangebot. Wir setzen uns dabei für
609 eine qualitativ gute Ernährung ein, bei der überwiegend regionales und Bio-Essen
610 angeboten wird. Und: Kein Essen ohne Mensa. Im Rahmen verstärkter
611 Ganztagsangebote wollen wir ein Ausbauprogramm von Mensen an den Schulen auf den
612 Weg bringen. Darüber hinaus fordern wir die kostenlose Versorgung an den
613 Schulen mit Wasser, zum Beispiel durch Trinkbrunnen.
614 Wir wollen an unseren Schulen die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
615 stärken. Damit sollen Schüler*innen befähigt werden, die Auswirkungen des
616 eigenen Handelns zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige

617 Entscheidungen zu treffen – gerade auch bei Umwelt- und Klimaschutz.
618 Das auf GRÜNEN Antrag beschlossene Schulgärtenprogramm ist dazu ein wichtiger
619 Beitrag. Wir wollen vorhandene Schulgärten unterstützen und neue Schulgärten
620 schaffen. Dazu sollen auch Kooperationen mit schulnahen Kleingartenvereinen
621 initiiert werden, insbesondere dort, wo Schulen kein eigenes Gelände zur
622 Verfügung stellen können.

623 Schulbiologisches Zentrum für nachhaltige Entwicklung
624 Wir wollen das Schulbiologische Zentrum im Botanischen Garten Rombergpark und
625 dem Zoo Dortmund zu einem Schulbiologischen Zentrum für nachhaltige Entwicklung
626 weiterentwickeln. Immer mehr, gerade auch junge Menschen beschäftigen sich mit
627 den Auswirkungen ihrer Lebensweise und ihres Konsums auf Andere und auf
628 nachfolgende Generationen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll dabei
629 helfen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen, zu
630 einem zukunftsfähigen Denken und Handeln zu befähigen und verantwortungsvolle,
631 nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Die bisherige gute Arbeit des
632 Schulbiologischen Zentrums als außerschulischer Lernort soll deshalb
633 entsprechend konzeptionell ausgebaut werden.

634 Sichere Schulwege
635 Kinder und Jugendliche müssen sicher zu ihren Schulen und auch zu ihren Kitas
636 kommen – mit dem Bus, dem Rad, dem Roller oder auch zu Fuß. Wir wollen die
637 selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen
638 fördern und stärken. Dazu braucht es Mobilitätskonzepte an Schulen und Kitas mit
639 und für Kinder, Eltern, Lehrer*innen und Erzieher*innen. Das Programm „So läuft
640 das“ zur Förderung von Kinder- und Jugendmobilität hat in den vergangenen Jahren
641 entsprechende Konzepte für erste Grundschulen erarbeitet. Wir setzen uns dafür
642 ein, dass das Programm „So läuft das“ Schritt für Schritt auf alle Grundschulen
643 und weiterführenden Schulen sowie für Kitas ausgeweitet wird.

644 Öffnung von Schule - Entwicklung von Bildungs Kooperationen
645 Zur stärkeren Vernetzung und dem Ausbau von Themen im Rahmen der globalen
646 Nachhaltigkeitsziele (Nachhaltigkeit, Klima, Umweltpädagogik, Fair Trade) setzen
647 wir uns dafür ein, dass projektbezogene Bildungs Kooperationen mit
648 Bildungsträgern der Umweltpädagogik und/oder Kultureinrichtungen entwickelt
649 werden.

650 Schulhöfe neu denken
651 Schulhöfe sind mehr als nur ein Pausenraum. Sie sind Raum für Erholung, aber
652 auch der Bewegung und der Kommunikation. Schulhöfe sollen Neugier wecken,
653 Lernmöglichkeiten bieten, Phantasie und Kreativität fördern, zu Spiel und
654 Bewegung einladen, Raum für Rückzug und Entspannung bereithalten, das soziale
655 Zusammenleben fördern, die Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen und Jungen
656 berücksichtigen. Viele Schulhöfe erfüllen diese Anforderungen nicht. Das wollen
657 wir mit einem eigenen Programm zur Umgestaltung von Schulhöfen ändern.
658 Wir setzen uns dafür ein, dass Schulhöfe gemeinsam mit den Kindern und
659 Jugendlichen der Schule, aber auch aus dem Stadtteil geplant werden. In
660 zahlreichen Wohngebieten und Stadtteilen gibt es nur wenige Spiel- und
661 Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Daher ist es wichtig,
662 Schulhöfe in der unterrichtsfreien Zeit für Kinder und Jugendliche der
663 Nachbarschaft zu öffnen und sie als wertvolle Spielressourcen mit anderen
664 Spielplätzen und Grünflächen zu vernetzen.

665 3.3 Gerechte Schulen

666 Grüne Bildungspolitik hat Bildungsgerechtigkeit zum Ziel. Wir wollen
 667 Bildungsbenachteiligung in Folge unterschiedlicher Voraussetzungen bekämpfen.
 668 Frühzeitige Selektion muss verhindert und der sozialräumlichen Spaltung einen
 669 Riegel vorgeschoben werden. In Dortmund ist jedes dritte Kind unter 15 Jahren
 670 von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Wer arm ist, hat schlechtere
 671 Bildungschancen. Wir wollen diesen Zustand nachhaltig verändern und die sehr
 672 unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern. Deshalb gilt
 673 beim Zugang zu Bildung für uns: Was ungleich ist, wird ungleich behandelt.

674 Grün wählen für:

675 Sozialindex für Dortmunder Schulen

676 Die Schulen mit den größten sozialen und pädagogischen Herausforderungen
 677 benötigen die größte Unterstützung. Das Land ist aufgefordert, die Zuweisung von
 678 Lehrer*innenstellen unter der Zielsetzung von Bildungsgerechtigkeit mit einem
 679 Sozialindex besser und effektiv zu steuern. Die Stadt als Schulträgerin muss
 680 materielle Ressourcen verstärkt an jenen Schulen bündeln, an denen der Bedarf am
 681 größten ist. Dazu wollen wir die Erarbeitung eines schulscharfen Sozialindex in
 682 Dortmund als Steuerungsinstrument

683 Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit

684 Kinder und Jugendliche wachsen in einer Gesellschaft auf, die von starken
 685 Veränderungen geprägt ist. Schulsozialarbeiter*innen unterstützen sie bei der
 686 Verbesserung ihrer Lern- und Lebenssituation. Das dient auch der
 687 Chancengerechtigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Dortmunder Schulen
 688 mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten. Land und Bund werden wir
 689 weiterhin auffordern, die Finanzierung der Schulsozialarbeit sicherzustellen.

690 Schulbegleitung – Gerechter Zugang zur Bildung für alle

691 Schulbegleitung – die Unterstützung der betroffenen Kinder im Unterricht, im
 692 Schulalltag und bei Ganztagsangeboten – ist ein wichtiges und unverzichtbares
 693 Instrument für einen gemeinsamen Unterricht von Schüler*innen mit und ohne
 694 Beeinträchtigungen. Über 1.000 Schüler*innen in Dortmund nutzen inzwischen
 695 dieses Unterstützungsangebot.
 696 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind bei Bedarf Unterstützung durch eine
 697 Schulbegleitung erhält. Und auch für die Schulen gilt: Dort, wo Hilfe bei der
 698 Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung benötigt wird, muss
 699 sie gewährt werden. Dort, wo veränderte Rahmenbedingungen des Unterrichtens
 700 Unterstützungsleistungen für Schulen notwendig machen, soll die Kooperation von
 701 Schulen und Jugendhilfe gestärkt werden. Der Handlungsrahmen zur Schulbegleitung
 702 in Dortmund ist kontinuierlich zu evaluieren und weiter zu entwickeln

703 Schule als Lebens- und Bildungsort für alle

704 Wir wollen unsere Schulen über den Unterricht hinaus als Lebens- und
 705 Bildungsorte öffnen. Denn die Zeiten, in denen Schulen hermetisch abgeschlossene
 706 Systeme waren, gehören der Vergangenheit an. Schon jetzt haben viele
 707 Ganztagschulen Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern getroffen,
 708 kooperieren mit Jugendhilfe, Inklusionsexpertinnen und -experten, Sportvereinen
 709 und Einrichtungen der kulturellen Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass sich
 710 Schulen für ihren Stadtteil zu Begegnungs- und kulturellen Lebensorten auch
 711 außerhalb des schulischen Lernens weiterentwickeln. Dazu zählt für uns auch, die
 712 Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu

713 prüfen. Schulen rücken dadurch in das Bewusstsein der Bürger*innen und es
714 entsteht ein Gemeinschaftsgefühl, das die Identifikation mit der ‚eigenen‘
715 Schule erhöht und damit auch zur Reduzierung von Vandalismus und Gewalt
716 beitragen kann.

717 4. Wirtschaft und Beschäftigung

718 Wirtschaftliche Strukturen unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Dortmund
719 hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem Bier-, Kohle- und Stahlrevier
720 zu einem vielfältigen Wirtschaftsstandort mit einer gesunden Mischung aus
721 kleinen und großen Unternehmen aus Handwerk, Handel, Dienstleistung, Gewerbe und
722 Industrie entwickelt. Das stellt den Standort in Zeiten des Strukturwandels gut
723 auf.

724 Florierende Stadtteile mit vielen innovativen Betrieben können große Wirkung
725 entfalten und Standortvorteile schaffen, die auch für andere nützlich sind. Wir
726 wollen das Profil einer dynamischen Stadt mit guten Arbeitsbedingungen schärfen,
727 Kooperationen und Verbünde fördern, Beteiligung bei der Standortentwicklung
728 sicherstellen, alte Industrieareale umnutzen, einzigartige Produktions- und
729 Lebensorte gemeinsam mit den Unternehmen und Anwohner*innen vor Ort schaffen.
730 Nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften sollten aus GRÜNER Sicht der
731 Normalfall sein. Wir wollen ökologische Gewerbegebiete, innovative Lösungen bei
732 Digitalität und Mobilität sowie gute Arbeit mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen
733 und Ausbildungs- oder Betreuungsangeboten.

734 Wir wollen Dortmunder Unternehmen stärken und sie auf ihrem Weg in die digitale
735 und auf Klimaschutz ausgerichtete Zukunft unterstützen. Wir wollen innovative
736 Betriebe mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und mit langfristiger
737 wirtschaftlicher Profitabilität für Dortmund gewinnen.

738 4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün

739 Die wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu gestalten, ist eine
740 große Herausforderung. Dazu gehört insbesondere, die vorhandenen Unternehmen in
741 ihrem Bemühen um mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Denn der Erfolg ansässiger
742 Unternehmen hängt zukünftig stark davon ab, wie nachhaltig sie ihre
743 Arbeitsbedingungen, ihre Produktionsprozesse und ihre Produkte gestalten.

744 Grün wählen für:

745 Neunutzung von Industriebrachen

746 In der Grünen Wirtschaft gibt es viel Potenzial für Neuansiedlungen, deshalb
747 soll sich die Dortmunder Wirtschaftsförderung verstärkt um die Ansiedlung von
748 Unternehmen mit ökologischem und sozialem Bewusstsein bemühen. In künftigen
749 Gewerbegebieten müssen Klima- und Umweltschutz eine deutlich größere Rolle
750 spielen als bisher.

751 Ansiedlungspolitik beginnt mit dem Bereitstellen von Gewerbeflächen. Dafür
752 wollen wir aber keine wertvollen Freiflächen wie Groppenbruch, Buddenacker und
753 Osterschleppweg versiegeln.

754 Unternehmen sollen sich primär in vorhandenen Gewerbegebieten und auf
755 Industriebrachen ansiedeln. Nachverdichtung ist auch hier ein wichtiges
756 Stichwort. Phoenix-West und die ehemalige Kokerei Hansa sind gute Vorbilder
757 dafür, wie Industriekultur und innovative Wirtschaftsunternehmen
758 zusammengebracht werden können.

759 Altlasten stellen häufig ein Problem für die Vermarktung der Flächen dar. Hier
760 ist das Land gefordert, Dortmund bei der Sanierung belasteter Flächen mit den

761 nötigen Fördergeldern zu unterstützen. Eine Ausweitung von Gewerbegebieten soll
762 erst dann diskutiert werden, wenn alle zur Verfügung stehenden Flächenpotenziale
763 ausgeschöpft sind.

764 Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungsstrukturen
765 Der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten
766 für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen ist ein wichtiger
767 Baustein für eine nachhaltige Wirtschaft. Als Teil der Metropole Ruhr kann
768 Dortmund mit seiner Wirtschaftspolitik Einfluss nehmen, dass Wertschöpfung,
769 qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und Entwicklungsperspektiven für
770 die Region geschaffen werden. Über die gezielte Ansiedlung und Förderung
771 regionaler Unternehmen werden Transport-, Energie- und Versorgungsstrukturen
772 ressourcenschonender gestaltet.
773 Wir setzen uns deshalb für eine regionale, branchenübergreifende Vernetzung
774 sowie Regionalvermarktung ein. Dafür wollen wir z.B. im Bereich der Lebensmittel
775 die Zusammenarbeit regionaler Vermarktungsinitiativen mit Öko-Anbauverbänden und
776 mit Unternehmen, die in der Regionalvermarktung aktiv sind, stärker
777 unterstützen.

778 Bessere Nutzung digitaler Möglichkeiten
779 Wir GRÜNE wollen in Zusammenarbeit mit den Dortmunder Wissenschaftseinrichtungen
780 unsere Stadt als digitalen Standort zum Vorteil der hier lebenden und
781 arbeitenden Menschen weiterentwickeln. Dabei wollen wir vor allem die Chancen
782 für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine nachhaltige
783 Entwicklung nutzen. Wir wollen einen Arbeitsschwerpunkt zur Energie- und
784 Nachhaltigkeitsberatung bei der Wirtschaftsförderung ansiedeln, um Unternehmen
785 dabei zu unterstützen, durch den Einsatz innovativer Technologien ihre
786 Umweltverträglichkeit zu verbessern. Dazu gehört auch eine flächendeckende
787 Versorgung mit Breitband.

788 4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte

789 Wichtige Standortfaktoren für Unternehmen sind ein großes Potenzial hoch
790 qualifizierter Arbeitskräfte, die Einbindung in eine leistungsfähige
791 Infrastruktur – sowohl beim klimafreundlichen Verkehr als auch bei der
792 Kinderbetreuung und bei kulturellen Angeboten – sowie ein weltoffenes Klima, in
793 dem sich Unternehmer*innen und Mitarbeiter*innen gleichermaßen wohlfühlen
794 können. Sie machen die Attraktivität unserer Stadt als Arbeits-, Wirtschafts-
795 und Wohnstandort aus.

796 Grün wählen für:

797 Eine gute Anbindung der Gewerbegebiete an den ÖPNV und das Radwegenetz
798 Der Weg zur Arbeit ohne Auto muss zeitlich und finanziell attraktiv sein. Bei
799 der Ausweisung und Nutzung von Gewerbeflächen müssen umweltfreundliche
800 Mobilitätskonzepte deshalb von Beginn an mitgeplant werden (s. auch Kapitel
801 Mobilität).

802 Betriebe, die ihre Beschäftigten bei der Nutzung umwelt- und
803 gesundheitsfördernder sowie kostenbewusster Verkehrsmittel unterstützen,
804 reduzieren damit die Belastungen für Umwelt und Klima. Sie müssen bei der
805 Radwege- und Nahverkehrsplanung mitberücksichtigt werden.

806 Eine intelligente und ressourcenschonende Transportlogistik
807 Güter werden in Dortmund immer noch hauptsächlich per Lkw transportiert, was

808 wesentlich zur Verstopfung unserer Straßen beiträgt. Dabei hat Dortmund im
809 Gegensatz zu anderen Städten die Möglichkeit, zu einer ökologisch sinnvollen
810 Transformation des Güterverkehrs beizutragen. Dortmund hat einen der größten
811 Kanalhäfen Europas, ist mit der Hafen AG an Eisenbahnunternehmen beteiligt und
812 hat ein international bekanntes Fraunhofer-Institut, das über jahrzehntelange
813 Erfahrung mit Logistikplanung verfügt.
814 Wir GRÜNE stehen für die konsequente Nutzung dieser Potenziale zur Förderung des
815 Schienengüterverkehrs und der Nutzung der Wasserstraßen zur Bündelung von
816 Transporten. Unter einer intelligenten Transportlogistik verstehen wir aber auch
817 die Vermeidung unnötiger Einzeltransporte, denn der Weg, der erst gar nicht
818 stattfindet, trägt am meisten zum gesunden Klima bei. Für die Lieferverkehre in
819 die City wollen wir die Nutzung von Cargo-Fahrrädern und emissionsfreien Lkw
820 unterstützen.

821 Förderung von betriebsnahen Kinderbetreuungsangeboten
822 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein entscheidender Standortfaktor
823 für die Attraktivität von Unternehmen als Arbeitgeber. Wir möchten Unternehmen
824 bei der Einrichtung betriebsnaher Angebote zur Kinderbetreuung unterstützen, die
825 die städtischen Betreuungsangebote ergänzen. Entscheidend für ein gutes Angebot
826 sind Kita-Öffnungszeiten, die sich an die Betriebszeiten der Unternehmen
827 anpassen, um vor allem alleinerziehende Elternteile zu unterstützen. Dabei sind
828 auch die Arbeitszeiten von Eltern in Schichtdiensten zu berücksichtigen.

829 Vernetzung der lokalen Wirtschaft mit den Wissenschaftseinrichtungen
830 Wir wollen den Austausch der Stadt mit der Wissenschaft stärken und mehr
831 Gelegenheiten schaffen, bei denen die Hochschulen mit ihren wissenschaftlichen
832 Erkenntnissen in einen konstruktiven Dialog mit der Industrie und dem Handwerk
833 treten. Dafür wollen wir den Masterplan Wissenschaft kontinuierlich
834 fortschreiben und um Aspekte praxisnaher sozialer Innovation ergänzen. Die
835 Kooperationen der Hochschulen im Ruhrgebiet sollen erhalten und weiter gefördert
836 werden. Die Zusammenführung der FH-Standorte auf dem ehemaligen HSP-Gelände
837 unterstützen wir.

838 4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern

839 Für Gründer*innen wird in Dortmund schon jetzt viel getan. Wir wollen, dass der
840 Start in die Selbstständigkeit ohne Hürden beginnt. Dazu gehört für uns ein Ort,
841 an dem alle Informationen für die verschiedenen Zielgruppen gebündelt zur
842 Verfügung stehen: von der Geburt einer Geschäftsidee über die Entwicklung eines
843 Businessplans, die Beschaffung von Venture Capital, die Gewerbeanmeldung bis zur
844 Gesellschaftsgründung und der weiteren Beratung. Das beinhaltet auch die
845 Beratung zu Förderprogrammen über die Gründungsphase hinaus. Dies kann mit dem
846 neu geplanten Gründungs- und Innovationscampus in der Speicherstraße entstehen.
847 Dafür muss sichergestellt werden, dass alle Gründungsangebote der Stadt dort
848 unter einem Dach zusammengeführt und dauerhaft gesichert werden.

849 Grün wählen für:

850 Gründer*innenzentrum

851 Das Gründerinnenzentrum fördert heute vor allem weibliche Solo-
852 Selbstständigkeit, diese birgt jedoch oft die Gefahr späterer Altersarmut. Daher
853 wollen wir den Fokus des Angebots auf nachhaltig wachsende Unternehmen verlagern
854 und besser mit den anderen Angeboten der Gründungsförderung verzahnen. Zudem
855 kann eine stärkere Zusammenarbeit des Gründerinnenzentrums mit dem Centrum für

856 Entrepreneurship und Transfer der TU Dortmund (CET) dazu beitragen,
857 technikaffine Gründungen von Frauen zu fördern.

858 Migrantische Ökonomie

859 Neben dem Erhalt des Gründerinnenzentrums haben wir uns immer wieder für die
860 Wertschätzung und Unterstützung migrantischer Unternehmer*innen eingesetzt. Ihre
861 Unternehmen sind ein untrennbarer Bestandteil der lokalen Ökonomie – nicht nur
862 in der Nordstadt. Diese Entwicklung muss als Bereicherung eines vielfältigen
863 Dortmunds gefördert werden.

864 Am Gründungscampus sollen die Angebote für alle Zielgruppen gebündelt werden –
865 auch für migrantische Unternehmer*innen. Das Deutsch-Internationale
866 Wirtschaftszentrum Nordstadt (DIWN), dessen Bestand zunächst nur bis 2021
867 gesichert ist, soll deshalb dauerhaft finanziert und im Gründungscampus
868 angesiedelt werden, damit diese Gründer*innen nach Bedarf eine
869 migrationsspezifische Beratung erhalten können.

870 Kreativwirtschaft

871 Neue Ideen brauchen Räume, Infrastruktur, Fördermaßnahmen und Starthilfen. Auch
872 für Start-up-Ideen im Bereich der Kreativwirtschaft ist mehr städtische
873 Infrastruktur notwendig. Im neu geplanten Hafenquartier soll deshalb Raum für
874 ein entsprechendes Gründungszentrum mitgedacht werden.

875 Wir Grüne wollen mit einem kreativwirtschaftlichen Zentrum in Dortmund einen
876 Treffpunkt schaffen, wo sich Start-ups aus der Kreativwirtschaft austauschen,
877 Ideen weiterentwickeln und sich gegenseitig inspirieren können.

878 Pop-up-Stores und Zwischennutzungen

879 Wir wollen kreative Ansätze von Zwischennutzungen und Angebote wie Pop-up-
880 Stores, also kurzfristige Einzelhandelsgeschäfte in leer stehenden
881 Geschäftsräumen, weiterverfolgen. Dortmunder Start-ups und Menschen aus der
882 Kultur- und Kreativwirtschaft können in diesem Rahmen ihre Produkte vorstellen
883 und ihren möglichen Erfolg erproben. Auch die Wirkung auf die Stadtteile ist
884 positiv, wenn Läden nicht leer stehen und wechselnde Angebote die Zentren
885 beleben.

886 4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden

887 Das Wohl von Mensch und Umwelt muss mit den ökonomischen Zielen in Einklang
888 gebracht werden. Wir GRÜNE wollen in Dortmund Unternehmen ansiedeln, die
889 sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungen bieten.
890 Zusätzlich wollen wir Umweltschutz, soziale Aspekte und wirtschaftliche Dynamik
891 in ein neues Gleichgewicht bringen. Unsere Zukunft hängt unmittelbar davon ab,
892 ob es gelingt, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.
893 Wirtschaftliche Aktivitäten können z.B. durch Billiglöhne und CO2 Emissionen
894 negative Auswirkungen auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt haben. Wir möchten,
895 dass Wachstum und Wettbewerb nachhaltig und fair gestaltet wird. Daher sollen
896 insbesondere bei der Auftragsvergabe der Stadt Unternehmen, welche
897 verantwortungsvoll mit der Umwelt, den Menschen und der Gesellschaft umgehen,
898 bevorzugt behandelt werden.

899 Grün wählen für:

900 Gemeinwohlbilanz für städtische Betriebe

901 Wir wollen auf der Grundlage des Public Corporate Governance Kodexes der Stadt,
902 in dem die Grundsätze guter Unternehmensführung definiert sind, zunächst für

903 alle städtischen Betriebe eine Gemeinwohlabilanz erstellen. (s. Kapitel Stadt-
904 Verwaltung)
905 Bei der Wirtschaftsförderung müssen die nötigen Kompetenzen geschaffen werden,
906 um interessierte Unternehmen bei der Erstellung einer Gemeinwohlabilanz zu
907 unterstützen.

908 Existenzsichernde Beschäftigung durch qualifizierte Ansiedlungspolitik fördern
909 Wir GRÜNE wollen, dass die Wirtschaftsförderung Dortmund ihre Leistungsfähigkeit
910 gezielt dazu nutzt, durch eine qualifizierte Ansiedlungspolitik dauerhafte und
911 existenzsichernde Beschäftigung für alle Qualifikationen nach Dortmund zu holen.
912 Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung von
913 Bedeutung, die nicht weniger, aber andere Arbeitsplätze schaffen wird.

914 Gute Ausbildung
915 Als Schnittstelle im Kontakt zu Betrieben und Unternehmen soll die
916 Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Fachbereichen Schule und Jugend verstärkt
917 Ausbildungsplatzangebote insbesondere für bildungsferne Zielgruppen erschließen.
918 Vorhandene Brückenprogramme im Übergangsfeld Schule/Beruf sollen ausgebaut
919 werden. Dabei sollen zielgerichtete Programme insbesondere die Ausbildung im
920 Handwerk fördern.
921 Nicht alle Abiturient*innen wollen an die Hochschule. Wir möchten das Potenzial
922 dieser Schüler*innen nutzen, um Programme wie „Meister statt Master“
923 voranzubringen.

924 4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen

925 Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region – und damit auch der Stadt
926 Dortmund – muss das Kirchturmdenken zugunsten eines regionalen
927 Wirtschaftsstandortes und eines regionalen Arbeitsmarktes überwunden werden.
928 Eine überregionale Zusammenarbeit, wie auf Ebene der Business Metropole Ruhr
929 (BMR) oder des Regionalverbands Ruhr (RVR) vorgesehen, vermindert den
930 Konkurrenzkampf der Kommunen, dient der neuen Nutzung industrieller Brachflächen
931 und ist damit auch ein ökologischer Beitrag zur Verminderung des
932 Freiflächenverbrauchs. Regionale Kooperationsstandorte sind dafür ein wichtiger
933 Beitrag und sollen verstärkt entwickelt werden. Ansiedlungswillige Unternehmen
934 sollen auch regional vermittelt werden, wenn in der jeweiligen Kommune keine
935 geeignete Fläche bereitgestellt werden kann.

936 Grün wählen für:

937 Aufträge für die regionale Wirtschaft
938 Aktivitäten der kommunalen Unternehmen, die weitere Existenzgründungen vor Ort
939 stützen und neue Arbeitsplätze in innovativen mittelständischen Unternehmen zur
940 Folge haben, sehen wir positiv. All das dient direkt und indirekt den
941 Dortmunderinnen und Dortmundern. Wir GRÜNE unterstützen es deshalb, wenn die
942 Stadt und die städtischen Unternehmen ebenso wie private Unternehmen ihre
943 Aufträge an lokale oder regionale Mittelständler*innen vergeben. Es ist ein
944 Beitrag, Arbeitsplätze in der Stadt wie der Region zu schaffen und Investitionen
945 vor Ort zu fördern.

946 Regionale abgestimmte Ansiedlung von Einzelhandel
947 Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Eine gute Entwicklung des
948 Einzelhandels ist dafür ein wichtiger Baustein und die Basis für ein
949 pulsierendes öffentliches Leben. Neben einem zunehmenden Onlineangebot schwächen

950 uniforme Geschäftstypen die Entwicklung der Stadtzentren. Wir wollen, dass sich
951 die Städte des Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der
952 Belebung ihrer Innenstädte unterstützen.
953 Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Wir wollen, dass sich die Städte des
954 Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der Belebung ihrer
955 Innenstädte unterstützen. Statt uniformierter Einkaufspassagen soll sich die
956 Einzigartigkeit jeder Stadt und jedes Stadtteils auch in Läden einer
957 Einkaufspassage widerspiegeln. Wir setzen uns gegen große
958 Einzelhandelsansiedlungen in nicht integrierten Lagen ein und befürworten eine
959 Stadt der kurzen Wege mit einer vielfältigen und guten Nahversorgung.

960 Einheitliche Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet
961 Wir wollen die Vereinheitlichung der Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet, um den
962 Wettbewerb der Städte in der Region mit einer Subventionierung
963 ansiedlungswilliger Unternehmen zu beenden. Dies dient auch der Stärkung
964 interkommunaler Gewerbegebiete.

965 5. Stadt und Verwaltung

966 Dortmund ist nicht nur der Ort, an dem über 600.000 Menschen leben. Dortmund ist
967 auch Verwaltungszentrum, Arbeitgeberin und eine kommunalwirtschaftliche
968 Organisation. Als Kommune ist Dortmund dem Wohlergehen einer und eines jeden
969 Einzelnen innerhalb dieser Gemeinschaft verpflichtet. Ziel der städtischen
970 Unternehmenstätigkeit ist damit vor allem die Daseinsvorsorge, aus der sich
971 besondere Ansprüche sowohl an das eigene Handeln als auch an den Umgang mit
972 Bürger*innen oder anderen Kommunen sowie an die Eigenbetriebe und
973 Tochterunternehmen ableiten.
974 Der wichtigste Punkt für uns: Die Unternehmen im Bereich der Pflichtaufgaben der
975 Daseinsvorsorge bleiben unter demokratischer Kontrolle. Sie gehören nicht in
976 private Hand – auch nicht in Teilen. Wir wollen eine starke kommunale
977 Selbstverwaltung, eine Politik- und Verwaltungskultur, die auf Mitsprache
978 ausgerichtet ist und eine Beteiligung der Bürger*innen aktiv fördert. Wir
979 verstehen Verwaltung als Serviceangebot an die Dortmunder*innen. Und wir wollen
980 eine Stadt, die fair, integrativ und nachhaltig handelt, die sich der
981 Verantwortung gegenüber ihren rund 10.000 Mitarbeiter*innen bewusst ist und die
982 den Ausbau digitaler Angebote zum Nutzen der hier lebenden Menschen vorantreibt.

983 5.1 Bürger*innen-nahes Dortmund

984 Wir unterstützen den von der Stadt begonnenen Prozess zum Aufbau einer
985 transparenten und bürgernahen Stadtverwaltung. Die Verwaltung soll ihre
986 Kompetenzen verstärkt dafür einsetzen, den Dortmunder*innen die Erledigung
987 weiterer Anliegen – neben der Vor-Ort-Beratung – auch online zu ermöglichen. In
988 beiden Fällen müssen die Formulare für alle verständlich und nutzbar, also
989 sowohl barrierefrei als auch mehrsprachig sein. Wir wollen die Möglichkeiten der
990 Digitalisierung nutzen und dabei die Bürger*innen und die städtischen
991 Mitarbeiter*innen mitnehmen.

992 Grün wählen für:

993 Weiterentwicklung des Service für die Bürger*innen
994 Die Arbeitsweise von Verwaltungsstellen muss den Bedürfnissen und Lebenslagen
995 der Bürger*innen entsprechen. Wer vormittags Kinder betreut, nur am Wochenende
996 in Dortmund ist oder tagsüber arbeiten muss, kann derzeit die Bürgerdienste

997 nicht ohne Weiteres nutzen. Wir wollen deshalb die Öffnungszeiten für die
998 Kund*innen und damit auch die Arbeitszeiten der Mitarbeiter*innen flexibler
999 gestalten, auch an Nachmittagen und einzelnen Samstagen. Für ältere und
1000 mobilitätseingeschränkte Menschen wollen wir die barrierefreie Erreichbarkeit
1001 sämtlicher Verwaltungsstellen. Alle Informationen müssen für jede und jeden klar
1002 verständlich sein: in allen häufig vorkommenden Fremdsprachen und in leichter
1003 Sprache. Wichtige politische Entscheidungen werden nach dem Beispiel des jüngst
1004 beschlossenen Klimabarometers in verständlich aufbereiteter Form kommuniziert.

1005 Digitalisierung von Rathaus und Verwaltung

1006 Das Onlinezugangsgesetz (OGZ) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende
1007 2022 einen Großteil der Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Auf kommunaler
1008 Ebene müssen wir die Digitalisierung jetzt konsequent umsetzen – unter Beachtung
1009 des Datenschutzes. Deshalb wollen wir die Einführung barrierefreier digitaler
1010 Verwaltungsverfahren beschleunigen. Dazu gehört, das Bürger*innen-Portal im
1011 Internet weiter auszubauen, um mehr Dokumente und Anliegen online abwickeln und
1012 so Wartezeiten verkürzen zu können. Wir wollen, dass Behörden- und
1013 Verwaltungsangelegenheiten wie etwa die Ummeldung des Wohnsitzes oder die
1014 Beantragung von Kindergeld schnell und einfach über das Internet erledigt werden
1015 können. Die sichere Identifizierung über den elektronischen Personalausweis bei
1016 Behördengängen via Internet ist dafür die Voraussetzung.

1017 5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin

1018 Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgebende
1019 gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen
1020 bieten.

1021 Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe die
1022 Arbeitszeit soweit flexibilisieren, dass sich Familie und Beruf noch besser
1023 vereinbaren lassen. Frauen und Männer sollen generell gleiche Berufschancen und
1024 Karrieremöglichkeiten haben, das ist eins der grundsätzlichen GRÜNEN Ziele.
1025 Verwaltung und Stadttöchter haben Vorbildcharakter. Dementsprechend sollen sie
1026 insbesondere den nach Dortmund geflüchteten Menschen berufliche Perspektiven
1027 bieten. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie sichere
1028 Arbeitsplätze machen die Stadt Dortmund auf dem immer enger werdenden Markt der
1029 Fachkräfte attraktiv.

1030 Grün wählen für:

1031 Vorbildfunktion der Stadt in der Ausbildung

1032 Die Stadt Dortmund leistet schon jetzt durch ihr Ausbildungsangebot für
1033 Schulabgänger*innen aller Schulformen und Abschlüsse einen wichtigen Beitrag zur
1034 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und übernimmt Vorbildfunktion für andere
1035 Unternehmen. Einen Großteil ihres Personalbedarfs deckt sie durch eigene
1036 Nachwuchskräfte. In diesem Jahr gründete die Stadt mit dem Zentrum für
1037 Ausbildung und Kompetenzen (ZAK) eine zentrale Einrichtung für Aus- und
1038 Weiterbildung der Mitarbeitenden. Sie folgt damit dem zunehmenden Bedarf an
1039 zusätzlichen Kenntnissen und Kompetenzen, nicht nur für Auszubildende. Schon
1040 jetzt wird eine Vielzahl von Ausbildungsgängen für unterschiedliche
1041 Schulabschlüsse angeboten. Diesen Weg unterstützen wir und wollen insbesondere
1042 das Angebot für Schüler*innen mit eingeschränkten Chancen auf dem Arbeitsmarkt
1043 weiter ausbauen. Dafür wollen wir nicht nur das schon bestehende Projekt zur

1044 Förderung von Hauptschüler*innen ausweiten, sondern auch weitere Sonderformen
1045 zusätzlich zum geplanten Ausbildungsangebot einführen

1046 Frauen in Führungspositionen

1047 Noch immer gibt es in der Verwaltung zu wenig Frauen in Führungspositionen,
1048 obwohl ein Großteil der Mitarbeiter*innen bei der Stadt weiblich ist. Wir GRÜNE
1049 wollen, dass Frauen auch auf den oberen Ebenen adäquat vertreten sind. Deshalb
1050 wollen wir sie ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu
1051 bewerben. Dies geschieht z.B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir
1052 wollen, dass die Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In
1053 Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen
1054 geschlechterstereotype Berufswahl aufgelegt werden.
1055 Von einer geschlechtergerechten Verteilung der Positionen in den Aufsichtsräten,
1056 Vorständen und Geschäftsführungen sind auch die städtischen Eigenbetriebe und
1057 Tochterunternehmen nach wie vor weit entfernt. Ein Blick in den
1058 Beteiligungsbericht zeigt, dass die dort ausgewiesenen Vorstände hauptsächlich
1059 männlich besetzt sind. Wir wollen, dass die Regelungen des
1060 Landesgleichstellungsgesetz NRW in den Eigenbetrieben und städtischen Töchtern
1061 Anwendung finden und Vorstände, Aufsichtsräte und Geschäftsführung jeweils zur
1062 Hälfte mit Frauen besetzt werden.

1063 Mehr Väter in Elternzeit

1064 Noch ist es bei vielen Arbeitgeber*innen eher verpönt, wenn Väter Elternzeit
1065 nehmen – vor allem, wenn sie mehr als die ihnen zugedachten zwei Monate ihre
1066 Erwerbstätigkeit unterbrechen. Wir wollen Unternehmen davon überzeugen, dass
1067 wirklich gute Arbeitgeber*innen Väter in ihrem Vorhaben unterstützen, die Hälfte
1068 der Elternzeit zu nehmen. In der Stadtverwaltung und in den städtischen Töchtern
1069 wollen wir eine Kampagne anstoßen, die Väter dazu motiviert. Studien zeigen,
1070 dass hier für Männer Vorbilder im beruflichen Umfeld von besonderer Bedeutung
1071 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Vorbilder in Dortmund sichtbar und
1072 mehr werden.

1073 Fortschreiben des Personal- und Organisationskonzeptes

1074 Die Stadt Dortmund ist zusammen mit den städtischen Beteiligungen der größte
1075 lokale Arbeitgeber. Dennoch fehlt in einigen Bereichen, vor allem im Planungs-
1076 und Baubereich oder im Sozial- und Jugendhilfebereich, zunehmend Personal. Bis
1077 2035 wird zudem ein Anteil von rund 40 Prozent der jetzigen Belegschaft
1078 altersbedingt aus der Stadtverwaltung ausscheiden.
1079 Wir GRÜNE haben uns früh für die Einführung eines detaillierten Personal- und
1080 Organisationskonzepts in der Verwaltung eingesetzt. Dies muss kontinuierlich
1081 fortgeschrieben werden, um auf veränderte Aufgaben und Herausforderungen wie z.
1082 B. den Fachkräftemangel im Ingenieurwesen reagieren zu können. Das Konzept muss
1083 insbesondere die Entwicklungen durch den Masterplan „Digitale Verwaltung –
1084 Arbeiten 4.0“ berücksichtigen.
1085 Wir wollen, dass durch Weiterbildung und Zusatzausbildung Karrierepfade – auch
1086 auf rein fachlicher Ebene ohne Personalverantwortung – ermöglicht werden.
1087 Aufgaben- und Tätigkeitswechsel innerhalb des gesamten „Konzerns Stadt“ müssen
1088 durch entsprechende Fortbildungsangebote ermöglicht und unterstützt werden. Das
1089 Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle (u. a. Homeoffice) soll unter Beteiligung
1090 der Personalvertretung kontinuierlich ausgebaut werden.

1091 Gesunde Mitarbeiter*innen für die Stadt

1092 Um die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu erhalten und die Krankenquote

1093 abzusenken, wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement weiter fördern.
 1094 Der Arbeitsmedizinische Dienst der Stadt Dortmund ist personell deutlich
 1095 unterbesetzt, was zu Ausfallzeiten bei den städtischen Mitarbeiter*innen und zu
 1096 Verzögerungen bei den Einstellungsuntersuchungen führt. Wir setzen uns dafür
 1097 ein, dass die nötigen arbeitsmedizinischen Leistungen für die Stadtverwaltung z.
 1098 B. vom Klinikum Dortmund zentral übernommen und so verbessert und
 1099 professionalisiert werden

1100 5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor

1101 Kommunale Erfolge müssen nach mehr Kriterien als nur nach finanzwirtschaftlichen
 1102 Kennzahlen bewertet werden. Neben der klassischen Wirtschaftsbilanz müssen auch
 1103 Werte einbezogen und verglichen werden, die den gesellschaftlichen Nutzen des
 1104 unternehmerischen Handelns bilanzieren. Dazu gehören Teilhabe aller,
 1105 Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit oder auch
 1106 Lebensqualität. Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer
 1107 Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt.
 1108 Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

1109 Grün wählen für:

1110 Besondere Kriterien für kommunale Kapitalanlagen
 1111 Mit der Anlage öffentlicher Gelder können die Städte direkten Einfluss auf eine
 1112 nachhaltige Produktion und sozial gerechtes Handeln nehmen. Investitionen in
 1113 umweltschädliche Energieformen müssen ausgeschlossen werden. Ebenso sollte kein
 1114 Geld der Stadt in Firmen fließen, die Kinderarbeit zulassen, Kriegswaffen
 1115 herstellen oder anders gegen Menschenrechte verstoßen.

1116 Stadt als Vorbild: Gemeinwohlbilanz für städtische Unternehmen
 1117 Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen Gemeinwohlbilanzen erstellen oder
 1118 in den Finanzberichten sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den
 1119 finanziellen Kriterien darstellen. Neben den klassischen Kennzahlen, wie Umsatz
 1120 oder Rendite, soll die Bilanz um Gemeinwohlfaktoren erweitert werden, um die
 1121 gesamtheitliche Wirkung der Organisation auf Umwelt und Gesellschaft abzubilden.
 1122 Damit wird der Erfolg eines Betriebes an seinem tatsächlichen Beitrag zum
 1123 Wohlergehen und der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft gemessen

1124 5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest

1125 Kommunen brauchen für die Aufgaben, die sie erfüllen müssen, ausreichend
 1126 finanzielle Mittel. Den Städten wurden in den vergangenen Jahren immer mehr
 1127 Daueraufgaben z. B. in der Eingliederungshilfe oder bei der Flüchtlingsaufnahme
 1128 und -integration übertragen, ohne dass Bund und Land für die nötige
 1129 Gegenfinanzierung gesorgt haben. Damit werden die Spielräume für die eigenen
 1130 kommunalpolitischen Akzente von Jahr zu Jahr geringer.
 1131 Der Dortmunder Haushalt weist für das Jahr 2020 ein Defizit von 54,3 Mio. Euro
 1132 aus, für das Jahr 2021 sogar 57,2 Mio. Euro. Und die Stadt benötigt zur
 1133 Erfüllung ihrer Aufgaben zusätzlich Kassenkredite, deren Höhe sich 2019 auf rund
 1134 1,6 Mrd. Euro summierten. Schon bei einem moderaten Zinsanstieg oder einer sich
 1135 verschlechternden Konjunktur wäre Dortmund in der Haushaltssicherung. Für eine
 1136 politische Gestaltung der Stadt wäre dann kein Geld mehr da.

1137 Grün wählen für:

1138 Entlastung der Kommunen bei den Schulden
1139 Über einen Altschuldenfonds wird den verschuldeten Kommunen ein Neustart
1140 ermöglicht, indem sie von sogenannten unechten Liquiditätskrediten befreit
1141 werden. Das sind die Kredite, die nicht nur zur Überbrückung kurzfristiger
1142 Engpässe aufgenommen wurden, sondern zum Ausgleich dauerhafter, struktureller
1143 Defizite benötigt werden. Sie sollen in einen Entschuldungsfonds eingebracht
1144 werden, der die vollständige Tilgung nach 30 Jahren ermöglicht. Wichtig ist uns,
1145 dass sich neben den Kommunen auch Bund und Länder an der Entschuldung
1146 beteiligen. Denn schließlich sind es vor allem die steigenden Aufgaben im
1147 sozialen Bereich, die den Kommunen aufgegeben werden, ohne sie mit den dafür
1148 benötigten Finanzmitteln auszustatten.
1149 Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen: Wir setzen uns deshalb für eine
1150 deutliche Stärkung des Konnexitätsprinzips ein. Wenn Bund oder Land ein neues
1151 Gesetz erlassen, müssen sie auch die Mehrkosten tragen

1152 Verbessertes Konzept für Bürger*innen-Haushalt
1153 Das Ziel, die Dortmunder*innen über einen Bürger*innen-Haushalt an der
1154 finanziellen Prioritätensetzung der Stadt zu beteiligen, hat in der
1155 Vergangenheit nicht gut funktioniert. Dennoch ist der Bürger*innen-Haushalt ein
1156 wichtiges und in anderen Kommunen erfolgreich eingesetztes Instrument, um eine
1157 eigenständige Bürgerschaft zu stärken.
1158 Die Bürger*innen müssen erleben, dass sie über die Beteiligung Einfluss auf die
1159 politischen Entscheidungen nehmen und konkrete Veränderungen erreichen können.
1160 Wir wollen deshalb ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger*innen bis zum
1161 Umgang mit den Ergebnissen. Unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der
1162 Bürger*innen (Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger*innen und
1163 Zielgruppenvertretungen), die stärkere Nutzung digitaler Möglichkeiten und eine
1164 Ausweitung der Inhalte sollen die Akzeptanz und die Teilnahme erhöhen.

1165 5.5 Faire Kommune

1166 Die Stadt trägt Verantwortung. Ihr Handeln als Beschafferin von Waren und
1167 Dienstleistungen wirkt sich auf viele Bereiche aus und entscheidet mit, ob
1168 Klimaschutzziele erreicht werden, ob die hiesige Nachfrage zukunftsfähige
1169 Entwicklungen fördert, oder auch, ob Migration als Chance oder als Problem
1170 wahrgenommen wird. Auf GRÜNEN Antrag werden zukünftig bei Ausschreibungen und der
1171 Vergabe städtischer Aufträge auch Kriterien der Frauenförderung und der
1172 Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigt. Damit wird das Engagement
1173 von Unternehmen anerkannt, die z. B. flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, ihre
1174 Mitarbeiter*innen bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger unterstützen
1175 oder Frauen explizit ermutigen, sich auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze in
1176 männerdominierten Berufsbereichen zu bewerben.

1177 Grün wählen für:

1178 Dauerhaftes Engagement für mehr Nachhaltigkeit
1179 Seit 2007 setzt sich Dortmund für eine faire und nachhaltige Beschaffung ein,
1180 seit 2009 trägt sie den Titel „Fairtrade Town“. Wir wollen, dass bei allen
1181 Ausschreibungen und Beschaffungen die in der Vergabesatzung verankerten
1182 sozialen, ökologischen und fairen Kriterien konsequent angewendet werden.
1183 Wir unterstützen ausdrücklich den Dortmunder Weg, der die Tariftreue in der
1184 strengen Form des alten Tariftreue- und Vergabegesetzes beibehält.
1185 Auf GRÜNEN Antrag hin wurden auch Kriterien zur Gleichstellung und

1186 Familienfreundlichkeit in die Richtlinien aufgenommen. Wir wollen, dass
1187 zukünftig auch Lokalität und der Umwelt-Footprint des Anbieters berücksichtigt
1188 werden. Auch bei der Versorgung von Kitas, (Hoch-)Schulen, Altenheimen oder
1189 Kliniken soll die Verwaltung verstärkt auf die Verwendung regionaler Öko-
1190 Produkte setzen.

1191 Im Fachbereich Vergabe und Beschaffung soll vor dem Hintergrund dieser
1192 Anforderungen ein Beurteilungskonzept für bevorzugte Lieferanten (Preferred-
1193 Supplier-Konzept) erarbeitet werden.

1194 Wir wollen, dass die Stadt zukünftig verstärkt Programme und Projekte der
1195 nachhaltigen Bildung und Entwicklung unterstützt und in ihren eigenen
1196 Einrichtungen durchführt (s. auch Programmabschnitt Schule).

1197 Stärkere Beteiligung der Bürger*innen

1198 Bürgerbeteiligung ist für uns GRÜNE ein selbstverständlicher Bestandteil von
1199 Kommunalpolitik und auch in Dortmund an vielen Stellen institutionalisiert. Ob
1200 es um die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung oder die
1201 städtebauliche Entwicklung von Flächen geht: Konflikte entstehen vor allem dann,
1202 wenn Bürger*innen den Eindruck haben, dass Politik und Verwaltung sich nicht mit
1203 ihnen über Ziele und Mittel der Stadtentwicklung verständigen.

1204 Wir wollen, dass die Stadt bei konfliktbehafteten Entscheidungen aktiv das
1205 Gespräch mit betroffenen Bürger*innen und ihren zivilgesellschaftlichen
1206 Organisationen sucht. Wir wollen „das Wissen der vielen“ rechtzeitig für
1207 Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen, damit besser durchdachte,
1208 akzeptierte und damit auch schnellere Lösungen herauskommen.

1209 Die Beteiligungsformate sollen möglichst viele Bevölkerungsgruppen ansprechen
1210 und ihre Teilnahme ermöglichen. Zudem sollen Zeit und Ort der Veranstaltung so
1211 gewählt werden, dass möglichst viele Bürger*innen teilnehmen können.

1212 Um Transparenz und Beteiligung zu intensivieren, fordern wir die Einrichtung der
1213 Stelle eines*r Beteiligungsbeauftragten. Die Person kann die Arbeit der
1214 Bezirksvertretungen und des Rates koordinieren, aber auch als Ansprechpartner*in
1215 für die Bürger*innen fungieren. Alle Beteiligungsformate sollen gesammelt und
1216 zentral veröffentlicht werden, sodass möglichst viele Menschen die Möglichkeit
1217 haben mitzubestimmen.

1218 5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen

1219 Wir Grüne sehen die Digitalisierung als Chance, die verantwortungsbewusst von
1220 der Politik gestaltet werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen
1221 gleichermaßen von den positiven Aspekten profitieren. Um die vielfältigen
1222 Chancen des digitalen Wandels nutzbar zu machen, müssen wir diesen Wandel
1223 gestalten. Im Mittelpunkt stehen für uns eine zukunftsfähige, digitale
1224 Infrastruktur, der freie und gleichberechtigte Zugang zum Netz für alle, der
1225 Schutz unserer Privatsphäre und unserer persönlichen Daten beispielsweise über
1226 höchste IT-Sicherheitsstandards sowie eine modernisierte Verwaltung. Dies
1227 ermöglicht ein freies Handeln im Netz, Innovationen und fairen Wettbewerb.
1228 Wir dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen, die keinen digitalen Zugang
1229 haben. Ihnen müssen wir den „analogen“ Zugang zu öffentlichen Diensten und
1230 Leistungen weiterhin garantieren.

1231 Grün wählen für:

1232 Ausbau des Open-Data-Portal und Nutzung von Open Source Software
1233 Durch die Stadtverwaltung Dortmund werden große Mengen an nicht

1234 schutzbedürftigen Daten erhoben: statistische Daten, Umwelt-, Infrastruktur-,
1235 Verkehrs- oder Geodaten. Der offene und strukturierte Zugang zu diesen frei
1236 verfügbaren Datenbeständen ist ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung
1237 einer Wissensgesellschaft und ein zunehmender Standortfaktor für
1238 Wirtschaftsansiedlungen. Dortmund hat schon 2018 in Zusammenhang mit dem
1239 Masterplan Digitale Verwaltung die Einführung von Open Data beschlossen, u.a. um
1240 den Demokratiedanken durch eine Öffnung der Verwaltung zu stärken. Open Data
1241 kann aber auch die Erstellung und Nutzung von Anwendungen für das tägliche Leben
1242 erleichtern sowie Möglichkeiten zur Mitwirkung an Meinungsbildungsprozessen
1243 schaffen.

1244 Wir wollen, dass die Stadt diesen Weg konsequent weiterverfolgt und das Open-
1245 Data-Portal kontinuierlich ausbaut. Wir setzen uns zudem für die Nutzung von
1246 freier Software und offene Standards in der Datenverarbeitung ein.

1247 Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer*innen

1248 Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist für alle eine große Herausforderung. Wir
1249 GRÜNE wollen sie aktiv und zum Nutzen der Menschen gestalten. Wir wollen die
1250 Chancen der Flexibilisierung nutzen und dabei die Arbeitnehmer*innen- und
1251 Arbeitsschutzrechte nicht aus den Augen verlieren. Der Chance, seine Arbeit am
1252 frühen Abend zu erledigen, weil es besser in den eigenen Tagesablauf passt,
1253 steht die Gefahr gegenüber, dass wie selbstverständlich am frühen Abend Mails
1254 abgerufen werden müssen.

1255 Wir sehen durch die neue Technologie die Chance, Sozial- und Arbeitsstandards
1256 weiterzuentwickeln. Die begonnene Digitalisierungsstrategie begrüßen wir und
1257 werden sie unter Beachtung der gesetzlichen Mitbestimmungsregeln und der
1258 Einbeziehung der Personalvertretungen aktiv begleiten. Erwerbstätigkeit ist
1259 nicht nur ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Instrument
1260 sozialer Teilhabe. Sie muss bei der fortschreitenden Digitalisierung besonders
1261 berücksichtigt werden.

1262 In Zeiten großer Veränderung ändern sich auch die Anforderungen ständig. Um eine
1263 menschengerechte Arbeitsgestaltung in einer digitalisierten Welt zu garantieren,
1264 wollen wir einen modernen Beschäftigtendatenschutz und wirksame
1265 Rahmenbedingungen für gesunde Arbeitsplätze. Auch in einer digitalisierten Welt
1266 muss es einen analogen Feierabend geben. Um den Wünschen nach beruflicher
1267 Weiterentwicklung gerecht zu werden, wollen wir eine Weiterbildungsstrategie
1268 definieren.

1269 Weiterentwicklung der Smart-City Dortmund

1270 Die Stadt ist Teil der Smart City Allianz. Ihre Rolle dort ist die der
1271 Sachwalterin der Bürger*innen-Interessen. Sie soll die vielfältigen
1272 kommerziellen Interessen der Beteiligten kanalisieren und Fehlentwicklungen
1273 abwenden. Als Teil des Prozesses soll sie diesen kreativ gestalten und steuern.
1274 Im Umfeld von Smart City und in Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Ombudsmann
1275 für Datenwert und Datenethik muss die Stadt sicherstellen, dass sensible Daten
1276 geschützt und nicht von Interessengruppen „vermarktet“ werden

1277 Nachhaltige Gestaltung von Digitalisierung

1278 In vielen Bereichen wie z.B. Mobilität und Logistik oder Strom und Wärme können
1279 digitale Innovationen helfen, die Klimaziele zu erreichen. Doch gleichzeitig
1280 sorgt die digitale Information und Kommunikation für einen rapide wachsenden
1281 Anteil der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen und einen hohen
1282 Ressourcenverbrauch.

1283 Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns deshalb für die Aufstellung ökologischer

1284 Leitplanken ein: Serverfarmen müssen auf Ökostrom umgestellt und Anbieter
 1285 digitaler Lösungen zur Datensparsamkeit, d.h. keine unnötige Erhebung und
 1286 Speicherung, verpflichtet werden. Es müssen Anreize für die Reduktion des IT-
 1287 bedingten Stromverbrauchs geschaffen werden. Digitale Endgeräte dürfen keine
 1288 Einwegprodukte mehr sein, sondern müssen auch repariert werden können.
 1289 Auf kommunaler Ebene wollen wir vor allem über Vorgaben in der Ausschreibung und
 1290 Beschaffung den Energie- und Ressourcenverbrauch von Soft- und Hardware
 1291 berücksichtigen und reduzieren. Im städtischen Arbeitsprogramm des Systemhauses
 1292 muss das Thema Green IT dauerhaft verankert und im Hinblick auf die neuen
 1293 Herausforderungen weiterentwickelt werden.

1294 6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung

1295 Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger*innen. Viele Projekte in den
 1296 Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und Inklusion wären ohne das
 1297 vielfältige Engagement vieler Dortmunder*innen undenkbar. Wir GRÜNE sind selbst
 1298 aus Bürger*innen-Initiativen entstanden und unterstützen Menschen, die
 1299 Verantwortung übernehmen und die Stadtgesellschaft mitgestalten wollen. Wir
 1300 setzen uns deshalb dafür ein, dass die Beteiligung von Bürger*innen in der
 1301 Kommunalpolitik verbessert wird. Gleichzeitig müssen politische Prozesse
 1302 transparenter werden. Das Ehrenamt wollen wir weiter stärken.

1303 Grün wählen für:

1304 Live-Stream einführen

1305 Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats live im Internet
 1306 zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht politische
 1307 Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz zwischen den
 1308 Bürger*innen und ihren gewählten Vertreter*innen.
 1309 Eine Instrumentalisierung der Sitzungen des Rates durch rechtsextreme und
 1310 rechtspopulistische Ratsvertreter*innen bekämpft man durch kluge Strategien
 1311 abgestimmt mit anderen demokratischen Parteien und eine offensive
 1312 Auseinandersetzung in den Sitzungen – auch im Stream.

1313 Beteiligungsrechte in den Sitzungen ausbauen

1314 Wir wollen Beteiligungsrechte der Bürger*innen in den Sitzungen der Ausschüsse
 1315 ausbauen statt sie einzuschränken. In den Bezirksvertretungen gibt es bereits
 1316 jetzt in jeder Sitzung eine Bürger*innen-Sprechstunde. Wir setzen uns dafür ein,
 1317 dass die Mitglieder des Integrationsrates, des Seniorenbeirats sowie des
 1318 Behindertenpolitischen Netzwerks ein festes Rederecht in den Bezirksvertretungen
 1319 bekommen.

1320 Die Möglichkeiten des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
 1321 Anregungen und Beschwerden sind zu wenigen Bürger*innen bekannt. Das zeigt die
 1322 geringe Anzahl von Eingaben. Wir setzen uns dafür ein, über die Möglichkeiten
 1323 für Anregungen und Beschwerden offensiv zu informieren. Wir setzen uns für die
 1324 Einführung einer Bürger*innen-Sprechstunde im Ausschuss analog zu den
 1325 Bezirksvertretungen ein.

1326 Bezirksvertretungen – Stadtbezirkparlamente wertschätzen

1327 Die Bezirksvertretungen leisten wichtige, kommunalpolitische Arbeit in den zwölf
 1328 Dortmunder Stadtbezirken. Sie haben den direktesten Zugang zu vielen
 1329 Bürger*innen. Ihre Kenntnisse über die Situation vor Ort ist bei vielen
 1330 Entscheidungen des Stadtrats, der Ausschüsse und der Stadtverwaltung von großer
 1331 Bedeutung. Allerdings werden Entscheidungen der Bezirksvertretungen oft nicht

1332 ausreichend berücksichtigt oder nicht nachvollziehbar abgelehnt. Wir wollen den
1333 Bezirksvertretungen mehr Gewicht verleihen und für die gewählten
1334 Bezirksvertretungen bessere Möglichkeiten für ihre Arbeit schaffen. Dazu zählen
1335 die entsprechende Ausrüstung mit digitalen Geräten und ein besserer Zugang zu
1336 den Informationsmöglichkeiten der Verwaltung.

1337 Digitale Beteiligung einführen, Jugendparlament prüfen
1338 Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der
1339 Entwicklung unserer Stadt. Die stadtweiten Jugendforen sind dabei ein gutes und
1340 bewährtes Instrument. Die zusätzliche Einrichtung eines Jugendparlaments in der
1341 nächsten Wahlperiode wollen wir mit allen demokratischen Parteien und unter
1342 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen diskutieren (siehe auch Kapitel „Kinder
1343 und Jugendliche“).

1344 Wir setzen uns dafür ein, insbesondere für Jugendliche weitere moderne
1345 Beteiligungsformen einzuführen. In anderen Städten gibt es dafür bereits das
1346 Projekt „aula“. Es ermöglicht in erster Linie Schüler*innen der weiterführenden
1347 Schulen, mit Hilfe einer Online-Plattform und didaktischer Begleitung eigene
1348 Ideen für die Gestaltung ihres Schulumfelds zu entwickeln, Mehrheiten dafür zu
1349 finden und die Umsetzung zu beschließen. Damit vereint „aula“ mediale Bildung
1350 mit politischer Bildung und fördert die mündige politische Beteiligung in einer
1351 digitalisierten Welt. Wir wollen das Modell auch für kommunale Zusammenhänge
1352 außerhalb von Schulen prüfen.

1353 Bürger*innenbeteiligung stärken
1354 Dortmund hat 600.000 Gehirne – nutzen wir sie. Wir stehen für eine aktive
1355 Zivilgesellschaft, deren Rat und Mitentscheidung wir noch stärker einbeziehen
1356 wollen. Dazu braucht es frühzeitige Information und Einbeziehung bei allen
1357 Planungsprozessen, neue Formen der Beteiligung und die Modernisierung
1358 traditioneller Formate. Wir wollen neue Verfahren entwickeln und ausweiten, die
1359 möglichst viele Menschen einbinden und nicht nur die bereits in der
1360 Stadtgesellschaft Engagierten. Onlinebeteiligungsplattformen, Bürger*innen-
1361 Gutachten, Zukunftswerkstätten, Online-Petitionen und Beteiligungshaushalte sind
1362 dabei ebenso mögliche Formen wie die Modernisierung von Bürger*innen-
1363 Versammlungen mit Vorabdiskussionen auf Onlineplattformen. Die Erfahrungen mit
1364 Beteiligungsprozessen zeigen, dass sich mehrheitlich politiknahe
1365 Bevölkerungsgruppen beteiligen. Wir wollen, dass auch Bevölkerungsgruppen
1366 miteinbezogen werden, die nicht so artikulations- und beteiligungsstark sind.
1367 Deshalb setzen wir uns dafür ein, projektbezogen sinnvolle Formen zu finden, die
1368 eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen.
1369 Für eine kontinuierliche Bürger*innen-Beteiligung ist es notwendig, alle
1370 relevanten Informationen und Dokumente zugänglich zu machen und praxisgerechte
1371 Beteiligungsinstrumente zu schaffen. Und: Beteiligungsprozesse dürfen nicht im
1372 Nichts verlaufen, sondern müssen Konsequenzen haben, über die transparent und
1373 kontinuierlich informiert wird. Das bereits beschlossene Klimabarometer auf der
1374 Homepage der Stadt ist dafür ein erstes Beispiel.

1375 Frag die Stadt – Informationsfreiheitsgesetz stärken
1376 Informationsfreiheit ist das Recht auf freien Zugang zu amtlichen Informationen
1377 und ein Mittel zur Kontrolle politischer Prozesse. Sie kann Korruption vorbeugen
1378 und erhöht die Transparenz und Rechenschaftspflicht von Politik und Verwaltung.
1379 Der freie Informationsfluss vom Staat an die Bürger*innen stärkt und belebt die
1380 Demokratie, weil er Partizipation möglich macht. Ob Umweltauswirkungen von
1381 Bauvorhaben, Lärmmessungen, CO2-Daten, Gutachten zum öffentlichen Nahverkehr

1382 oder Ergebnisse von Hygienekontrollen – auf der Grundlage des
1383 Informationsfreiheitsgesetz muss die Stadt auf Antrag Informationen und auch
1384 Protokolle zur Verfügung stellen. Dabei sollte die Stadt proaktiv vorgehen und
1385 Informationen auf dem Open Data Portal der Stadt zur Verfügung stellen (siehe
1386 auch Kapitel Verwaltung). Wir stehen für eine offene und transparente Verwaltung
1387 und setzen uns dafür ein, dass alle Bürger*innen in Dortmund auf der Grundlage
1388 des Gesetzes problemlos freien Zugang zu städtischen Informationen bekommen.

1389 Ehrenamt und Freiwilligkeit stärken
1390 Das ehrenamtliche Engagement vieler Dortmunder*innen in ganz unterschiedlichen
1391 Bereichen von sozialen Projekten bis hin zum Umweltschutz trägt viel dazu bei,
1392 unsere Stadtgesellschaft zusammenzuhalten und zu einem offenen und
1393 demokratischen Miteinander zu entwickeln. Das gilt insbesondere auch für das
1394 große Engagement der vielen Ehrenamtlichen bei der Integration der zu uns
1395 Geflüchteten und Zugewanderten. Wir unterstützen und fördern weiterhin das
1396 Ehrenamt als wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen
1397 Gemeinwohl und zur Integration. Deshalb haben wir der Einführung der
1398 Ehrenamtskarte des Landes in Dortmund zugestimmt. Die damit möglichen
1399 Vergünstigungen wollen wir erweitern. Gleichzeitig ist uns eine Unterstützung
1400 derjenigen Ehrenamtlichen wichtig, die nicht die Voraussetzungen für die
1401 Ehrenamtskarte erfüllen. Gerade diesen Bereich wollen wir in der kommenden
1402 Wahlperiode ausbauen. Durch Online-Plattformen wollen wir die Vernetzung unter
1403 den Ehrenamtlichen als auch den Austausch mit professionell helfenden fördern.
1404 Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass keine Aufgaben aus bezahlten
1405 Bereichen ins Ehrenamt ausgegliedert werden, um Kosten zu sparen.